

„Dietzenbach in Bewegung“

Integrationskonzept der Kreisstadt Dietzenbach

efms

Bamberg, Oktober 2011

europäisches forum für migrationsstudien

Institut an der Universität Bamberg

Katharinenstraße 1

D-96052 Bamberg

Tel 0951-932020-0

Fax 0951-932020-20

efms@uni-bamberg.de

<http://www.efms.de>

Leitung

Prof. Dr. Friedrich Heckmann



Inhaltsverzeichnis

Grußworte	3
1 Dietzenbach entwickelt ein Integrationskonzept – Akteure und Prozess	3
2 Die Rolle des Integrationskonzepts	5
3 Verständnis von Integration und Leitlinien der Integrationspolitik	6
3.1 Integration.....	6
3.2 Leitlinien der Dietzenbacher Integrationspolitik	7
4 Ziele, Maßnahmen und Empfehlungen in den 6 Handlungsfeldern	10
4.1 Handlungsfeld 1: „Miteinander leben in Dietzenbach – Begegnung und Engagement“	10
4.2 Handlungsfeld 2: „Lernen in Dietzenbach – Sprache und Bildung“	17
4.3 Handlungsfeld 3 „Arbeiten in Dietzenbach – Wirtschaft und Arbeitsmarkt“	23
4.4 Handlungsfeld 4 „Willkommen sein in Dietzenbach – Vielfalt in Verwaltung und Parteien“	28
4.5 Handlungsfeld 5 „Aufwachsen in Dietzenbach – Außerschulische Angebote für Kinder und Jugendliche“	33
4.6 Handlungsfeld 6 „Gemeinsam alt werden in Dietzenbach – interkulturelle Seniorenarbeit“	36
5 Umsetzung des Integrationskonzepts	38
6 Monitoring	39
7 Finanzierung von Programmen und Maßnahmen	40
Anhang: Mitwirkende bei der Erstellung des Integrationskonzepts	42

Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1: Akteure für die Entwicklung des Integrationskonzepts</i>	5
<i>Abbildung 2: Struktur der Umsetzung des Integrationskonzepts</i>	39



Grußworte

Bürgermeister Jürgen Rogg

Erster Stadtrat Dietmar Kolmer

Integrationsbeauftragte Sonja Hoffmann

Professor Heckmann, Leiter des europäischen forums für migrationsstudien

1 Dietzenbach entwickelt ein Integrationskonzept – Akteure und Prozess

Im Jahr 2010 beschloss die Dietzenbacher Stadtverordnetenversammlung, der Integrationspolitik und -arbeit in der Stadt neue Impulse zu geben. In diesem Zusammenhang hat sie das europäische forum für migrationsstudien (efms) mit der Entwicklung eines Integrationskonzepts beauftragt.

In Gesprächen zwischen der Stadt und dem Institut wurde vereinbart, das Konzept in einem so genannten partizipativen Prozess zu entwickeln, d. h. das Konzept sollte nicht „von oben“ durch Stadt und Institut entwickelt und dann der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden, sondern interessierte Bürger sollten bei der Erstellung des Konzepts aktiv mitarbeiten. Damit diese Arbeit systematisch organisiert werden konnte, mussten bestimmte Bereiche – oder Handlungsfelder – festgelegt werden, in denen die Menschen mitarbeiten konnten. Im Rahmen der Analyse der Ausgangssituation für die Erstellung des Konzepts durch das efms, in welcher Statistiken und Dokumente ausgewertet und 40 Akteure der Integrationspolitik und -arbeit befragt wurden, sowie unter Berücksichtigung organisatorischer Aspekte wurden vier zentrale Handlungsfelder identifiziert:¹

Handlungsfeld 1 ‚Miteinander leben in Dietzenbach – Begegnung und Engagement‘ beruht auf der Aussage einer überwältigenden Mehrheit der Interviewpartner, wonach es in Dietzenbach zu wenig ein Zusammenleben im Sinne eines ‚Miteinanders‘ gäbe, sondern ein ‚Nebeneinander-her-Leben‘ zu beobachten sei. Das Handlungsfeld beschäftigt sich damit, wie ein Mehr an ‚Miteinander‘ zu erreichen sei.

Handlungsfeld 2 ‚Lernen in Dietzenbach – Sprache und Bildung‘ umfasst zwei zentrale Aspekte der Integration: das Erlernen der deutschen Sprache und die Integration in das Bildungssystem. Auch hier zeigte sich in den Interviews, dass insbesondere im Bereich Bildung ein starker Integrationsbedarf in Dietzenbach gesehen wird.

¹ Für nähere Informationen dazu, siehe Lücken-Klaßen, Doris und Pohl, Franziska: „Erster Integrationsbericht für die Kreisstadt Dietzenbach“, Bamberg, 2011.



Handlungsfeld 3 ‚Arbeiten in Dietzenbach – Wirtschaft und Arbeitsmarkt‘ ist der Schlüsselbereich der Integration. Ein Arbeitsplatz sorgt nicht nur für die wirtschaftliche und soziale Absicherung des Einzelnen, sondern auch für Steuereinnahmen der Gemeinschaft.

Handlungsfeld 4 ‚Willkommen sein in Dietzenbach – Vielfalt in Verwaltung und Parteien‘ hat vor allem die Aufnahmegesellschaft im Blick. Die Ausgangsanalyse stellte fest, dass Menschen mit Migrationshintergrund in Institutionen der Zivilgesellschaft wie in der Stadtverordnetenversammlung und der Stadtverwaltung unterrepräsentiert sind.

Im Laufe der Beratungen ergab sich die Notwendigkeit, dass auch die Bereiche der Lebens- und Integrationsbedingungen von Jugendlichen und Senioren Eingang in das Konzept finden mussten. Sie wurden in Sitzungen der Arbeitsgruppe zum Handlungsfeld 1 behandelt und fanden als Handlungsfeld 5 „Aufwachsen in Dietzenbach – Angebote für Kinder und Jugendliche“ und als Handlungsfeld 6 „Gemeinsam alt werden in Dietzenbach – interkulturelle Seniorenarbeit“ Eingang in das Konzept.

Während der 1. Dietzenbacher Integrationskonferenz am 29.10.2011 machte eine Teilnehmerin auf ein kürzlich gegründetes Netzwerk von Therapeuten im Gesundheitsbereich aufmerksam. Bei einer Fortentwicklung des Integrationskonzepts sollte dieses Handlungsfeld Berücksichtigung finden.

Das Thema des Wohnens hat in Dietzenbach zu Recht seit langem einen hohen politischen Stellenwert. Hier laufen eine Reihe von Integrationsmaßnahmen und es haben ausführliche konzeptuelle und rechtliche Diskussionen stattgefunden, die es nicht sinnvoll erscheinen ließen, den Bereich des Wohnens nochmals bei der Entwicklung des Integrationskonzepts aufzugreifen. Die aus den Wohnverhältnissen resultierenden Trennungen oder Segregationen wurden in Handlungsfeld 1 aufgegriffen.

Nach der Vorstellung der vier Handlungsfelder haben sich analog vier Arbeitsgruppen gebildet und sich regelmäßig alle vier bis sechs Wochen getroffen. Während dieser Treffen wurden Leit- und Teilziele sowie Maßnahmen, mit Hilfe derer die Ziele erreicht werden sollen, für das jeweilige Handlungsfeld von den Teilnehmern erarbeitet. Insgesamt brachten sich mehr als 100 Personen in die Arbeitsgruppen ein (vgl. Tabelle im Anhang). Abbildung 1 stellt den Entwicklungsprozess des Konzeptes noch einmal grafisch dar.

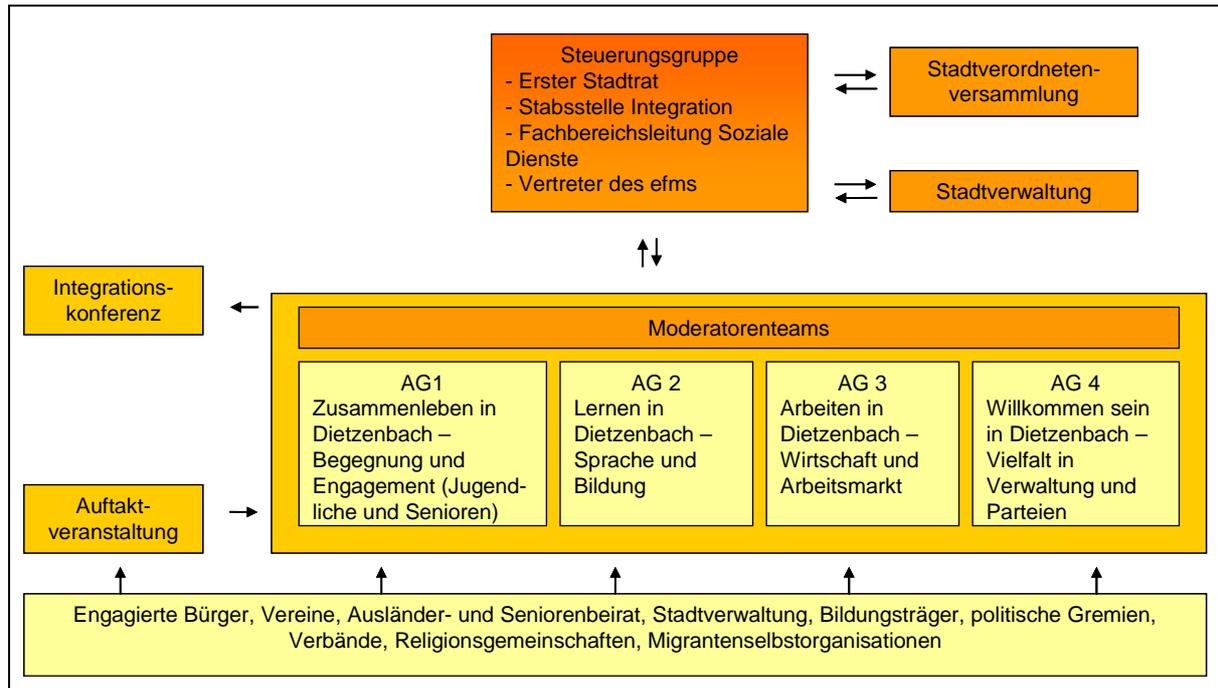
Die Ergebnisse der Arbeit in den Gruppen wurden vom europäischen forum für migrationsstudien systematisiert und sprachlich vereinheitlicht. Zugleich war das efms – wie ein Mitglied der AG 1 es ausdrückte – auch „Sparringspartner“ für Inhalte einiger Ziele und Maßnahmen, um zu verhindern, dass Ziele und Maßnahmen formuliert wurden, die im Widerspruch zum Stand der Forschung über Integration stehen. Das efms unterbreitet zudem in diesem Konzept einen Vorschlag für Leitlinien von Integrationspolitik und hat die Darstellung der Handlungsfelder mit bestimmten Ergebnissen des Wissensstandes zu dem jeweiligen Themenbereich eingeleitet.



Am 29.10.2011 fand die erste Dietzenbacher Integrationskonferenz statt, bei der der vom efms vorgelegte und auf den Vorschlägen der Arbeitsgruppen basierende Entwurf des Integrationskonzepts diskutiert wurde.

Betont werden muss an dieser Stelle, dass das vorliegende Integrationskonzept Dietzenbachs keineswegs das Ende dieses beschriebenen Prozesses bedeutet. Es ist vielmehr als Beginn und Wegweiser der zukünftigen Integrationspolitik und -arbeit zu betrachten.

Abbildung 1: Akteure für die Entwicklung des Integrationskonzepts



Quelle: eigene Darstellung des efms

2 Die Rolle des Integrationskonzepts

Das vorliegende Integrationskonzept soll einen Beitrag zur Ausrichtung der Integrationspolitik und -arbeit und somit zur Gestaltung der Zukunft Dietzenbachs leisten. Dazu hält es zunächst Grundsätzliches fest: Welches Verständnis von Integration wird zu Grunde gelegt? Wer sind die Zielgruppen der lokalen Integrationspolitik und -arbeit? Welche Leitlinien gelten dabei?

Neben diesen grundsätzlichen Fragen legt das Konzept die zentralen Ziele fest, welche in den verschiedenen Handlungsfeldern richtungweisend für die zukünftige Integrationspolitik und -arbeit vor Ort sind. Zudem wird vorgeschlagen, mit welchen Maßnahmen die Ziele erreicht werden sollen, wobei es darum geht, bestehende Maßnahmen aufeinander abzustimmen, Lücken im Angebot zu identifizieren und passgenau neue Angebote zu entwickeln. Das Integrationskonzept stellt somit auch dar, welche Maßnahmen in Diet-



zenbach schon erfolgreich angeboten werden. Es zeigt eine mit abgestimmten Projekten und klaren Zielen strukturierte Integrationsarbeit auf.

Das vorliegende Integrationskonzept ist kein statisches Konstrukt, sondern – wie auch sein Titel nahe legt - in Bewegung; es muss fortgeschrieben, modifiziert und ergänzt werden. Die festgelegten Ziele – und damit auch die Maßnahmen – müssen sich in regelmäßigen Abständen einer Reflektion und empirischen Kontrolle unterziehen lassen.

Das Integrationskonzept möchte insgesamt erreichen, dass seine Aussagen als gemeinsames Dach von Integrationspolitik in Dietzenbach in Bevölkerung, Gesellschaft und Parteien verstanden werden und dass es damit den sozialen Frieden in der Stadt stärkt und sichert.

3 Verständnis von Integration und Leitlinien der Integrationspolitik

Integrationspolitik und integrationspolitische Maßnahmen finden im Rahmen eines bestimmten Verständnisses von Integration statt. Im Folgenden stellen wir das Verständnis von Akteuren der Dietzenbacher Integrationspolitik dar und ergänzen es mit einer wissenschaftlichen Definition des efms. Mit dem Verständnis von Integration und Integrationspolitik hängen bestimmte Grundsätze und Leitlinien von Integrationspolitik zusammen, die wir im Anschluss an die Definition von Integration vorstellen.

3.1 Integration

Zu Beginn der Arbeit am Integrationskonzept führte das efms eine Befragung von 40 Akteuren der Integrationspolitik in Dietzenbach durch. Eine der Fragen bezog sich auf das **Verständnis von Integration** bei diesen **Dietzenbacher Bürgern**. Auch während der ersten Treffen der Arbeitsgruppen wurde diese Frage mit den Teilnehmern diskutiert. Aus den vielen Antworten ergab sich neben Unterschieden der Kern eines gemeinsamen Verständnisses. Es lautet:

Integration ist für Dietzenbach ein zweiseitiger Prozess: Zugewanderte erlernen dabei die deutsche Sprache und achten die in Deutschland geltenden Gesetze, Regeln und verbindlichen Grundwerte: Menschenwürde, Gerechtigkeit, Solidarität, Freiheit und die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Die Mitglieder und Institutionen der Aufnahmegesellschaft zeigen sich offen gegenüber den Zugewanderten; sie heißen diese willkommen, akzeptieren deren Kultur und ermöglichen ihnen eine Chance zur Teilhabe. So ist Integration ein Annäherungsprozess mit dem Ziel des friedlichen Zusammenlebens und Miteinanders der Kulturen.



Das efms arbeitet mit einer **Definition**, die dieses Verständnis aufnimmt und weitere Aspekte hinzufügt:

Integration ist der Mitgliedschaftserwerb von Zuwanderern in den Institutionen, sozialen Beziehungen und sozialen Milieus der Aufnahmegesellschaft. Integration als Prozess der Mitgliedschaftswerdung und Angleichung der Lebensverhältnisse entwickelt sich schrittweise in den Institutionen der Wirtschaft und des Staates, der Bildung, Kultur und der sozialen Sicherung sowie in den privaten Beziehungen. Sie erfordert Integrationsleistungen der Migranten und bedarf der Offenheit und Förderung seitens der Aufnahmegesellschaft. Sie ist somit ein wechselseitiger, wenngleich nicht gleichgewichtiger Prozess, der über Generationen verläuft. Integration als Zustand und Ergebnis soll heißen, dass volle und gleichberechtigte gesellschaftliche Mitgliedschaft der zugewanderten Gruppe in der Aufnahmegesellschaft besteht und sich die Lebensverhältnisse angeglichen haben.

Hervorheben muss man, dass Integration als **Prozess** und als **Ergebnis** verstanden wird, dass gesellschaftliche Mitgliedschaft mit **Angleichung der Lebensverhältnisse** im Mittelpunkt steht, der Prozess **wechselseitig** ist und über **Generationen** verläuft.

Erforderliche Integrationsleistungen der Migranten schließen ihre Bereitschaft zur Eingliederung in die gesellschaftlichen Strukturen des Aufnahmelandes ein. Parallelgesellschaften gefährden den Integrationsprozess, vor allem in Hinsicht auf die Lebenschancen der nachkommenden Einwanderergenerationen. Seitens der Aufnahmegesellschaft erfordert Integration nicht nur Offenheit gegenüber den Migranten, sondern auch die Bereitstellung von Ressourcen und die Erbringung von Leistungen für die Integration. Da Ressourcen knapp sind folgt, dass erfolgreiche Integration an gesteuerte und begrenzte Zuwanderung gebunden ist.

3.2 Leitlinien der Dietzenbacher Integrationspolitik

Adressaten der Integrationspolitik

Integration ist ein wechselseitiger Prozess; daher richtet sich Integrationspolitik an die gesamte Bevölkerung, nicht nur an die Menschen mit Migrationshintergrund. Integration bedarf der Offenheit und Bereitschaft der einheimischen Gesellschaft, legale Zuwanderer als Bürger zu akzeptieren. Integrationspolitik muss zugleich darauf gerichtet sein, legitime Interessen der einheimischen Bevölkerung zu beachten. Migranten und Einheimische sollten beide in Integrationspolitik eingebunden sein und das interkulturelle Leben der Stadt gestalten.



Integration als zentrales Thema der Kommunalpolitik

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist für die Stadt Dietzenbach eine ihrer zentralen kommunalpolitischen Aufgaben. Das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft gehört zum Kern des Selbstverständnisses unserer Stadt. Die Unterlassung oder Vernachlässigung von Integrationspolitik führt zu schwerwiegenden sozialen und wirtschaftlichen Kosten. Integrationspolitik bedarf einer soliden und nachhaltigen Finanzierung.

Integration als koordinierte Querschnittsaufgabe

Integrationspolitik wird als Querschnittsaufgabe verstanden, die alle Bereiche städtischen Handelns betrifft und von allen Dezernaten und Fachbereichen der Stadt sowie den städtischen Unternehmen berücksichtigt werden muss. Zugleich ist eine Gruppe in der Verwaltung notwendig, die Aktivitäten koordiniert und initiiert.

Bildung und Arbeit als zentrale Handlungsfelder

Harter Kern der Integration ist die Beteiligung am Erwerbsleben der Gesellschaft. Bildung schafft die Voraussetzung für die Möglichkeit produktiver Teilnahme und der Verbesserung der Lebensverhältnisse von Einzelnen und Familien. Frühkindliche Bildung ist von grundlegender Bedeutung für die Verbesserung von Bildungschancen und zugleich der wirtschaftlichste Weg für eine Förderpolitik. Frühkindliche Bildung ist ein Handlungsbereich, der den Kommunen im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten bedeutsame Gestaltungsmöglichkeiten gibt.

Kulturelle Vielfalt und kulturelle Annäherung

Die Stadt Dietzenbach schätzt und erkennt den Wert kultureller Vielfalt für das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben an und unterstützt seine Darstellung im kommunalen Leben. Migrantenselbstorganisationen spielen hierbei eine zentrale Rolle. Zugleich fördert die Stadt Prozesse kultureller Annäherung und bemüht sich um Lösungen, wenn das friedliche Zusammenleben der Menschen und Gruppen durch interkulturelle Konflikte bedroht ist. Die Gemeinsamkeit der deutschen Sprache ist eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung der Integration.

Integration und Schutz vor Diskriminierung

Erfolgreiche Integrationspolitik schließt nicht aus, dass es weiter gesellschaftliche Diskriminierung gibt, die sich an Herkunft, Glauben, Aussehen oder unterstellten Eigenschaften von Menschen festmacht. Die Stadt Dietzenbach verfolgt eine Antidiskriminierungspolitik und tritt allen Akten und Versuchen einer gesellschaftlichen Diskriminierung von Menschen entgegen.



Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Die Stadt Dietzenbach strebt eine stärkere interkulturelle Öffnung ihrer Verwaltung an. Zum einen durch noch besseres Eingehen auf besondere Bedürfnisse der Zuwanderer, zum anderen durch Erhöhung ihrer interkulturellen Kompetenz durch Schulung und vermehrte Einstellung von Personen mit Migrationshintergrund unter Berücksichtigung des Leistungsprinzips. Eine interkulturell kompetente Verwaltung ist ein wesentliches Element einer kommunalen Willkommenskultur.

Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Akteuren

Integrationspolitik ist nicht allein Angelegenheit kommunaler Institutionen und Akteure. Sie verknüpft sich mit vielfältigen gesellschaftlichen Organisationen und Initiativen und schätzt ihr z. T. ehrenamtliches Engagement. Wohlfahrtsverbände und Migrantenselbstorganisationen spielen hierbei eine zentrale Rolle. Im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten unterstützt die Stadt Dietzenbach Verbände, Vereine und Initiativen bei integrativen und interkulturellen Maßnahmen und Aktivitäten. Dabei wird eine verstärkte Vernetzung der unterschiedlichen Angebote verschiedener Akteure angestrebt.

Monitoring und Evaluation

Die Beobachtung des Verlaufs von Integrationsprozessen und die Überprüfung der Effektivität des Mitteleinsatzes in der Integrationspolitik erfordern den Einsatz von Instrumenten des Monitoring und der Evaluation. Monitoring bezieht sich auf die Abbildung von gesellschaftlichen Entwicklungen im Zeitverlauf auf der Basis von Indikatoren. Evaluation prüft die Wirkung von Maßnahmen. Die Stadt Dietzenbach wird Instrumente des Monitoring und der Evaluation ihrer Integrationspolitik entwickeln.

Zusammenarbeit mit Land, Bund und Europa

Die Stadt Dietzenbach setzt sich über ihre Abgeordneten und in den Gremien der kommunalen Spitzenverbände gegenüber Land und Bund für eine Verbesserung der Ressourcen zur Integration ein. Sie strebt an, auch die Möglichkeiten europäischer Förderung im europäischen Integrationsfond zu nutzen.

Öffentlichkeitsarbeit

Diskussionen über Migration und Integration werden auch in der lokalen Öffentlichkeit weitgehend über Medien geführt. Es bedarf daher einer entwickelten kommunalen Kommunikationsstrategie, um regelmäßig Informationen über Stand und Entwicklung von Integration in die Öffentlichkeit zu tragen. Besondere Aufmerksamkeit für die Entwicklung eines Konzepts der Öffentlichkeitsarbeit ist auf das Vorgehen bei überraschenden und konflikthaftern Ereignissen in den interkulturellen Beziehungen zu legen.



4 Ziele, Maßnahmen und Empfehlungen in den 6 Handlungsfeldern

Im Folgenden sollen in sechs Handlungsfeldern Ziele und Maßnahmen der Stadt Dietzenbach für ihre zukünftige Integrationspolitik und -arbeit dargestellt werden. Dabei werden zunächst allgemeine Grundlagen des jeweiligen Handlungsfeldes erörtert, darauf im einzelnen Ziele und Maßnahmen.

Der Katalog der Maßnahmen enthält nicht nur Empfehlungen für neue Projekte, sondern auch Informationen über Initiativen, die bereits in Dietzenbach bestehen. Da in der Stadt seit Jahren schon zahlreiche und vielfältige Maßnahmen zur Verbesserung der Integration in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens durchgeführt werden, können diese nicht gänzlich in das Integrationskonzept aufgenommen werden. Somit erfolgt lediglich ein beispielhafter Einblick in bereits bestehende Maßnahmen.

4.1 Handlungsfeld 1: „Miteinander leben in Dietzenbach – Begegnung und Engagement“

Grundlagen und Bedeutung des Handlungsfeldes

Das Handlungsfeld bezieht sich auf den Abbau von Vorurteilen, auf die Verbesserung inter-religiöser Beziehungen und die Zusammenarbeit mit den Vereinen.

Ein starkes Motiv für den Auftrag der Politik, ein Integrationskonzept zu entwickeln, entstand aus dem Wunsch, das Zusammenleben in der Stadt zu verbessern. In Dietzenbach existiert eine ambivalente Situation: auf der einen Seite haben wir es bei Teilen der einheimischen Bevölkerung mit einem Misstrauen gegenüber der Migrantenbevölkerung zu tun; Teile der Migranten reagieren darauf wiederum mit Abgrenzung und anti-deutschem Ressentiment. Auf der anderen Seite gibt es bei Einheimischen und Personen mit Migrationshintergrund zahlreiche beeindruckende und vielfältige interkulturelle Aktivitäten zur Sicherung des sozialen Friedens und der Verbesserung des Zusammenlebens.

Spannungen im Zusammenleben hängen zu einem großen Teil mit wechselseitigen Vorurteilen zusammen. Zur Verbesserung des Zusammenlebens können Vorurteile abgebaut werden. Als Methoden der Bekämpfung von Vorurteilen unterscheidet man:

- ▶ Aufklärung und Information
- ▶ Kontakt- und Begegnungsprogramme
- ▶ Kulturelle Programme
- ▶ Beeinflussung der Anlässe für Vorurteilsmobilisierung
- ▶ Soziale Kontrolle.



Was können diese Methoden leisten? Vorurteile beinhalten neben zutreffenden Informationen eine Reihe falscher Aussagen über „die Anderen“. Gegen diese falschen Aussagen kann **Aufklärung und Information** eingesetzt werden. Die Wirksamkeit von Aufklärung hängt mit der Glaubwürdigkeit, der Attraktivität und dem Prestige der Informationsquelle zusammen. Sie ist auch umso größer, je geringer der Stress ist, der damit verbunden ist, dass man sich seine Irrtümer und falschen Vorstellungen eingestehen muss. Grenzen der Aufklärung ergeben sich dadurch, dass stark vorurteilshafte Personen durch korrigierende Informationen wenig beeinflusst werden können und dass diejenigen, die sich aufklärerischer Information aussetzen, nicht selten die bereits am wenigsten vorurteilsvollen Personen sind.

Interkulturelle Kontakt- und Begegnungsprogramme schaffen die Möglichkeit, das Bild, das Stereotyp „der Anderen“, welches man zumeist über Medien vermittelt bekommen hat, durch persönliche, direkte zwischenmenschliche Erfahrung zu korrigieren. Der Andere soll als Mensch erfahren werden. Man sagt zutreffend „Gleich und Gleich gesellt sich gern“; bei Kontakt- und Begegnungsprogrammen wie Stadteilfesten, interethnischem Sport und Spiel oder gemeinsamen Kochen, handelt es sich um organisierte Begegnungen zwischen Menschen, die sich im normalen Alltag nicht ohne weiteres begegnen würden. Dabei kann es zum besseren Verständnis des Anderen kommen, aber nicht quasi automatisch; es kann auch passieren, dass die Menschen sich in ihren Vorbehalten bestätigt fühlen. Erfolgsbedingungen von interkulturellen Kontakt- und Begegnungsprogrammen sind:

- ▶ Gemeinsame, Freude bereitende Aktivitäten
- ▶ Mehrfache Begegnungen statt einmaliger Kontakte
- ▶ Anknüpfen an gemeinsamen Interessen, z. B. als Jugendliche, Frauen oder Senioren.

Kulturelle Programme können nicht nur die Darstellung der „Anderen“ beeinflussen, sondern vor allem auch Gefühle in Einstellungen ansprechen. Sehr hoch sind die Möglichkeiten von Kunst und Kultur einzuschätzen, positive Gefühle gegenüber bisher abgelehnten Gruppen zu vermitteln: Spielfilm, Schauspiel, Literatur, bildende Kunst, Musik können hier als Beispiele für kulturelle Formen genannt werden.

Beeinflussung der Anlässe für Vorurteilsmobilisierung: Die Mobilisierung und Verstärkung von Vorurteilen geschieht häufig bei bestimmten Anlässen (z. B. Kriminalität, „Randalen“ von Jugendlichen) oder macht sich an bestimmten unerwünschten Verhaltensweisen fest. Bei der Bekämpfung von Kriminalität scheint Dietzenbach in den letzten Jahre große Fortschritte gemacht zu haben. Unerwünschte Verhaltensweisen, die das Zusammenleben belasten, sollten thematisiert werden. Über die Einschaltung bestimmter Schlüsselpersonen in Gruppen, die „ihren Leuten“ den Ärger erklären, den das Verhalten hervorruft, und sie bittet, auf ein Abstellen des Verhaltens zu wirken, kann dieser Anlass für die Mobilisierung und Verstärkung von Vorurteilen beeinflusst werden.



Vorurteile sind aber oft hartnäckig und nicht leicht zu verändern. **Soziale Kontrolle** kann verhindern, dass sich Vorurteile in diskriminierendes Verhalten übersetzen. Soziale Kontrolle schließt ein, Gesetze oder Erlasse, die diskriminierendes Verhalten unter Strafe stellen, die Arbeit der Polizei, Appelle, Aufrufe, Predigten, das demonstrative Zeigen bestimmter Symbole in der Öffentlichkeit, die zu Toleranz und Respekt aufrufen und damit öffentliche Werte und Normen bekräftigen. Das Engagement prominenter und glaubwürdiger Persönlichkeiten erhöht die Wirksamkeit solcher symbolischer Aktivitäten beträchtlich. Die Wirksamkeit besteht darin, dass es schlecht, unakzeptabel, böse oder „sündig“ ist, diskriminierend zu handeln und dass man an Status verliert, wenn man vorurteilshaft handelt. Auch eine Antidiskriminierungsstelle in der Stadt, angesiedelt z. B. bei der Gleichstellungsbeauftragten, kann im Sinne einer sozialen Kontrolle wirken.

Vereine sind ein Ort, an welchen regelmäßig Begegnungen zwischen Menschen stattfinden. Sie sind darum auch ein Ort möglicher interkultureller Begegnungen. Studien zeigen, dass Menschen mit Migrationshintergrund für die Mitgliedschaft in Vereinen gewonnen werden können durch:

- ▶ direkte persönliche Ansprache durch Aktive von Vereinen, die selber Migrationshintergrund haben
- ▶ herkunftssprachliche Ansprechpartner
- ▶ das Angebot von Weiterbildungsmöglichkeiten für die persönliche Entwicklung.

Zu einer **realistischen Beurteilung** der wichtigen Bemühungen zur Verbesserung des interkulturellen Zusammenlebens insgesamt gehört, dass man nicht erwarten soll, dass sich die unterschiedlichen Menschen irgendwann alle wechselseitig schätzen und in Beziehung treten werden. Soziologen haben schon früh darauf hingewiesen, dass Integration in der modernen Stadt ganz stark auch auf wechselseitigem Ignorieren und damit Tolerieren unterschiedlicher Gruppen beruht.

Ziel- und Maßnahmenkatalog

1. Ein erstes Ziel dieses Handlungsfeldes ist die Verbesserung des Zusammenlebens durch Abbau von wechselseitigen Vorurteilen und Diskriminierung.

1.1 Es soll regelmäßige, offene, attraktive und anlassbezogene Gelegenheiten zur Begegnung für die Bürger Dietzenbachs geben.

1.2 Aufklärung und Information über die in Dietzenbach lebenden Zuwanderergruppen sollen verstärkt werden.

1.3 Die Stadt Dietzenbach soll eine Antidiskriminierungspolitik einführen.



Beispiele für laufende Maßnahmen:

Maßnahme	Beschreibung	Träger
„Wir grüßen einander“	Initiative für gegenseitiges Grüßen der Einwohner Dietzenbachs	Seniorenbeirat und Ausländerbeirat der Stadt Dietzenbach
„Fest ohne Grenzen“	Internationales Fest der Kulturen, das jährlich im Hessentagspark gefeiert wird	Stadtmarketingagentur, Ausländerbeirat, beteiligte Vereine
„Tag der Begegnung“	Sowohl Privatpersonen als auch Institutionen öffnen ihre Türen für Besucher, um ins Gespräch zu kommen	Integrationsbeauftragte Stadt Dietzenbach, Kreis Offenbach, Quartiersmanagement, Zusammenleben der Kulturen in Dietzenbach e.V.
„Gemeinsames Kochen“	Internationaler Kochabend, bei dem spezielle Rezepte der Dietzenbacher gekocht werden	Zusammenleben der Kulturen in Dietzenbach e.V.
„Gemeinsame Ausflüge“	Regelmäßige Ausflugsangebote, die von Dietzenbachern mit und ohne Migrationshintergrund unternommen werden	Zusammenleben der Kulturen in Dietzenbach e.V.
„Stadtspaziergang“	Erkundung Dietzenbachs als gemeinsamer Spaziergang von Dietzenbachern mit und ohne Migrationshintergrund	Integrationsbeauftragte der Stadt Dietzenbach, DiTiB Fatih Moschee e.V., Tawhid Moschee e.V.
„Internationales Frauenfrühstück“	Frauen unterschiedlicher Nationalitäten treffen sich zum gemeinsamen Frühstück und Austausch	Zusammenleben der Kulturen in Dietzenbach e.V.

Empfohlene Maßnahmen:

- ▶ Ein Kreis von Verantwortlichen für die Begegnungsprogramme soll geschaffen werden. Bei der Werbung für Programme kommt persönlicher Ansprache besondere Bedeutung zu. Mediale Werbung soll kulturelle Befindlichkeiten in der Bevölkerung beachten.
- ▶ Aufbau eines „Begegnungswegweisers“: Informationen über Kontakt- und Begegnungsprojekte sollen vom Kreis der Verantwortlichen gebündelt und der Bevölkerung zugänglich gemacht werden.



- ▶ Eine Bestandsaufnahme über alle in der Stadt verfügbaren Orte und Räume soll stattfinden. Im Anschluss soll ein öffentlich einsehbarer Terminkalender die Belegung der Räume abstimmen, der von einem der Verantwortlichen koordiniert wird.
 - ▶ Planung und Durchführung von Begegnungsprogrammen sollen die Möglichkeiten der Ehrenamtsbörse nutzen.
 - ▶ Da Begegnungsprogramme nicht nur auf Ehrenamtlichkeit beruhen können und finanzieller Mittel bedürfen, sollen private Sponsoren gefunden werden.
 - ▶ Durch eine Kampagne „Wir Dietzenbacher“ soll eine gemeinsame, die verschiedenen Gruppen einschließende Identität als Bewohner der Stadt und Mitglied der Bürgergesellschaft gefördert werden. Die begonnene Kampagne soll intensiv fortgeführt werden. Ein „Dietzenbach Puzzle“ kann u. a. die Kampagne unterstützen.
 - ▶ „Vokabel-Aktionen“ in der Presse: Über lokale Medien sollen themenspezifische Vokabeln (z.B. Begrüßung in verschiedenen Sprachen) bekannt gemacht werden. Zu bestimmten Anlässen bzw. während bestimmter Aktionen sollen die Dietzenbacher dazu ermutigt werden, diese anzuwenden.
 - ▶ Das „Fest ohne Grenzen“ soll weiterentwickelt werden, indem verstärkt Dietzenbacher Gruppen, sowohl Migrantenselbstorganisationen als auch Vereine der Mehrheitsgesellschaft, das Programm auf der Bühne gestalten.
 - ▶ „Eine Familie für mich“: Ein Tandem-Programm soll geschaffen werden, bei dem ‚Partnerfamilien‘ in regelmäßigen Abständen (etwa vierteljährlich) zusammenkommen, z.B. um gemeinsam zu essen und sich auszutauschen.
 - ▶ Über gemeinsames Singen in Dietzenbacher Gesangsvereinen sollen kultureller Austausch und Begegnung gefördert werden.
 - ▶ Eine Antidiskriminierungsstelle zur Meldung von Diskriminierungsfällen soll eingerichtet werden, kostengünstig angesiedelt z. B. bei der Gleichstellungsbeauftragten.
- ▶ 2. Es ist unser Ziel, Toleranz, Respekt und Vertrauen zwischen Bürgern unterschiedlichen religiösen und weltanschaulichen Hintergrunds zu schaffen.
- 2.1 Die 2010 gegründete „Arbeitsgemeinschaft der Religionen in Dietzenbach“ (ARD) soll zum zentralen Ansprechpartner religiöser Belange, insbesondere des interreligiösen Dialogs, in Dietzenbach werden.
- 2.2 Den Einwohnern Dietzenbachs sollen Kenntnisse über andere Religionen, deren Hintergründe, religiöse Praktiken und Feste lebensnah vermittelt werden.



2.3 Konfliktbehaftete Themen sollen sowohl zwischen den verschiedenen religiösen Gruppen als auch mit der Dietzenbacher Bevölkerung offen angesprochen und konstruktiv diskutiert werden.

Beispiele für laufende Maßnahmen:

Maßnahme	Beschreibung	Träger
Gründung der „Arbeitsgemeinschaften der Religionen in Dietzenbach“	Zusammenschluss von sechs Glaubensgemeinschaften in Dietzenbach	Pfarrei St. Martin, Christus Gemeinde, Martin-Luther Gemeinde, Neuapostolische Kirche, Jesus-Gemeinde, Fatih-, Tawhid-, und Ahmadiyya-Moschee
„Erziehung zum Frieden“	Gesprächsabend für Eltern, Erzieher und Lehrer	Arbeitsgemeinschaft der Religionen in Dietzenbach
„Interkulturelle Wochen“	Im Rahmen der deutschlandweiten „Interkulturellen Wochen“ werden verschiedene Veranstaltungen angeboten	Verschiedene Organisationen

Empfohlene Maßnahmen:

- ▶ Die Arbeitsgemeinschaft der Religionen in Dietzenbach soll Informationen über die in Dietzenbach vertretenen großen Religionen erarbeiten.
- ▶ Um die Bevölkerung Dietzenbachs mit Informationen über Sitten und Gebräuche der Religionen zu erreichen, sollen Veranstaltungen nicht nur über die Arbeitsgemeinschaft der Religionen in Dietzenbach, sondern beispielsweise auch über die Medien, Erwachsenenbildung oder die vhs organisiert werden.
- ▶ „Heilige Räume“: Das Projekt zum Besuch der verschiedenen religiösen Orte mit einem festen ‚Fahrplan‘ (für Erwachsene und Kinder/Jugendliche) soll wieder aufgenommen und auf weitere in Dietzenbach beheimatete Gebetszentren ausgeweitet sowie in den Religions-/Ethikunterricht der Kinder und Jugendlichen integriert werden.
- ▶ Die Stadt soll zu den religiösen Gemeinschaften der Migranten Kontakte haben und ausbauen. Bei offiziellen Anlässen sollen Vertreter dieser Gemeinschaften eingeladen werden.
- ▶ Die Stadt Dietzenbach soll die Institutionalisierung muslimischen Religionsunterrichts politisch unterstützen.



3. Es ist unser Ziel, die begonnene interkulturelle Öffnung der Vereine und zivilgesellschaftlichen Organisationen fortzusetzen und zu intensivieren.

3.1 Vereine sollen verstärkt um Mitglieder mit Migrationshintergrund werben.

3.2 Vereine in Dietzenbach sollen ihre Angebote untereinander abstimmen und gemeinsam Aktionen sowie Projekte planen und durchführen.

3.3 Die Stadt soll Programme entwickeln, um lokale Vereine – insbesondere auch Migrantenselbstorganisationen – in Bezug auf das erfolgreiche Führen von Vereinen zu qualifizieren und unterstützen.

3.4 Die Potenziale und Arbeitsfelder der Integrationslotsen sollen auch auf die Vereine bezogen werden.

Beispiele für laufende Maßnahmen:

Maßnahme	Beschreibung	Träger
IG Sport und Freizeit	Zusammenschluss von 22 Dietzenbacher Sport- und Freizeitvereinen	Eigenständiger Verein
Integrationslotsen	Multiplikatoren- und Vermittlertätigkeit	Integrationsbeauftragte der Stadt Dietzenbach
„Sauberhaftes Dietzenbach“	Säuberungsaktion, an der sich Vereine, Parteien, Bildungseinrichtungen, Glaubensgemeinschaften, etc. beteiligen	Städtische Betriebe

Empfohlene Maßnahmen:

- ▶ Dietzenbacher Vereine sollen niedrigschwellige und unverbindliche ‚Schnupperangebote‘ einführen, beispielsweise einen „Tag der offenen Tür“.
- ▶ Vereine sollten sich das Ziel setzen, Personen mit Migrationshintergrund in den Vorstand aufzunehmen.
- ▶ Schulungen für Vereinsmitglieder mit Migrationshintergrund über das Vereinswesen (rechtliche Aspekte, Finanzen, Öffentlichkeitsarbeit u. a.) sollen angeboten werden.
- ▶ Vereine sollen ‚Integrationsbeauftragte‘ und/oder Integrationslotsen einsetzen, um neue Mitglieder mit Migrationshintergrund beim Eintritt in den Verein zu begleiten und zu unterstützen sowie potenzielle Mitglieder zu informieren.
- ▶ Der IG Sport und Freizeit soll eine zentrale Rolle bei der Abstimmung, Vernetzung und Bekanntmachung der Vereinsangebote zukommen.



- ▶ Der Ausländerbeirat soll sich stärker dafür einsetzen, dass sich mehr Migranten für das bestehende Dietzenbacher Vereinsleben interessieren.

4.2 Handlungsfeld 2: „Lernen in Dietzenbach – Sprache und Bildung“

Grundlagen und Bedeutung des Handlungsfeldes

Die schrittweise Überwindung der Bildungsbenachteiligung von Migrantenkindern ist an eine verstärkte Förderung der Kinder und Eltern gebunden. Programme frühkindlicher Förderung mit Elternbildung haben grundlegende Bedeutung und sind in finanzieller Hinsicht am effektivsten. Die Wirkung frühkindlicher Förderprogramme hängt ab von ihrer Qualität, Intensität und Dauer.

Verstärkte Förderung in der Schule besteht u. a. darin, dass Förderung ein größeres Gewicht in der Lehrerrolle bekommt und an Schulen Hausaufgabenzentren eingerichtet werden. Der Ausbau der Förderfunktion an Schulen mit vielen Migrantenkindern erfordert einen hohen Investitionsbedarf. Schulen mit hohem Migrantenanteil sollten spezielle zusätzliche Fördermittel erhalten. Diese sollten als Investition betrachtet werden.

Die Beziehung von Lehrern und Schüler(n) ist letztlich in jedem Bildungssystem entscheidend für den Bildungserfolg von Schülern. In diesem Zusammenhang spielen auch die Erwartungen der Lehrer an das Leistungsvermögen ihrer Schüler eine wichtige Rolle. Die Forschung zeigt: niedrige Erwartungen von Lehrern gegenüber dem Leistungsvermögen von Migrantenkindern wirken sich negativ auf die Schulleistungen dieser Kinder aus. Lehrer sollten daher höhere Erwartungen als bisher an das Leistungsvermögen und die Disziplin der Migrantenschüler haben. Die Steigerung der Erwartungen muss mit zusätzlicher emotionaler und fördernder Hinwendung zu den Schülern und mit einer bestimmten Strenge verbunden werden. Den Schülern sollten für Prüfungen dritte und vierte Chancen gegeben werden.

Mentorentätigkeit in verschiedenen Formen und durch verschiedene außerschulische Akteure verbessert substantiell die Schulleistungen von Migrantenkindern. Schulverwaltungen und Schulleitungen sollten außerschulische Mentorentätigkeit durch z. B. Initiativen, Vereine, Wohlfahrtsverbände oder Migrantenorganisationen akzeptieren, selbst anregen und koordinieren. Ethnisches Mentoring ist dabei als besonders effektiv einzuschätzen. Ethnisches Mentoring bedeutet, dass die Mentoren selbst einen Migrationshintergrund haben, idealerweise den gleichen wie ihre Schüler

Forschung hat weiter gezeigt: Es kommt für den Lernerfolg auf die Qualität jeder einzelnen Schule an: allgemein gute Schulen sind auch gut für Migrantenkinder und erhöhen ihre Bildungschancen. Die Qualität der einzelnen Schule kann verbessert werden durch gute Leitung der Schule, gute Kooperation der Lehrerschaft, hohe Erwartungen der Lehrer an die Schüler, gekoppelt mit der Bereitschaft zu helfen, gute Schuldisziplin, reiches



Schulleben, gute Ausstattung der Schule und starkes Elternengagement. Die Leistung von Schulen kann verbessert werden, wenn sie sich Ziele für bestimmte Bereiche und Zeiträume setzen und deren Erreichung kontrollieren.

Gleichaltrige haben einen starken Einfluss auf die Schulleistungen von Migrantenkindern. Die Konzentration von Migrantenkindern in Schulen und Schulklassen beeinträchtigt ihre Leistungen. Migrantenkinder, die dagegen mit Kindern der Mehrheitsgesellschaft zusammen lernen, verbessern ihre Leistungen.

Intensive Beziehungen zwischen Schule und Elternschaft verbessern die schulischen Leistungen der Kinder und Jugendlichen. Im Allgemeinen besteht eine große Distanz und Fremdheit zwischen Migranteneltern und der Schule. Die Eltern suchen von sich aus nicht den Kontakt zur Schule. Auf diesem Hintergrund muss sich die Schule proaktiv gegenüber den Eltern der Migrantenschüler verhalten. Die Eltern von Migrantenkindern müssen mobilisiert werden, sich am Schulleben zu beteiligen. Hierbei spielen Vermittler aus den jeweiligen ethnischen Gemeinschaften, die schon eine gewisse Vertrautheit mit Bildung und Bildungssystem des Einwanderungslandes haben, eine zentrale Rolle.

Bei der Sprachförderung ist zu beachten: Es existieren keine belastbaren Forschungsergebnisse für die Behauptung, dass bei Kindern das Lernen der Sprache des Einwanderungslandes an das Beherrschen der Muttersprache der Familie gebunden sei (Interdependenzbehauptung). Forschung hat dagegen gezeigt, dass es eine kritische Periode des Zweitspracherwerbs gibt: das Lernen der Zweitsprache ist um so leichter, je früher es einsetzt, mit der Pubertät als kritischer Phase, ab welcher das Erlernen weiterer Sprachen selbstverständlich möglich, aber mit wesentlich mehr Mühe und Zeit verbunden ist (vgl. Esser, Hartmut, Sprache und Integration. Frankfurt – New York: Campus 2006).

Ziel- und Maßnahmenkatalog

1. Es ist unser Ziel, die Sprachkenntnisse der Dietzenbacher mit Migrationshintergrund weiter zu fördern.

1.1 Alle Einwohner Dietzenbachs sollen die deutsche Sprache in einem Ausmaß beherrschen, das es ihnen ermöglicht, am sozialen, beruflichen und kulturellen Leben teilzunehmen. Dazu sollen sie bedarfsgerecht Sprachförderung erhalten.

1.2 Kinder sollen sich bei Schuleintritt sicher in der deutschen Sprache bewegen.

1.3 Die Herkunftssprachen und Mehrsprachigkeit sollen als Kompetenz der heterogenen Bevölkerung Dietzenbachs eine Wertschätzung erfahren.



Beispiele für laufende Maßnahmen:

Maßnahme	Beschreibung	Träger
Sprachstandserhebung	Bei Eintritt in die Kita und die Schule werden die Sprachkenntnisse der Kinder gemessen	Die jeweilige Einrichtung
Sprachförderung für Vorschulkinder	In den Kindertagesstätten erhalten Kinder Förderung in der deutschen Sprache	Kreisstadt Dietzenbach, Lernwerkstadt für Sprache und Bildung e.V.
Mama lernt Deutsch	Deutschkurs für Mütter in den Kindertagesstätten	Lernwerkstadt für Sprache und Bildung e.V.
Deutschkurse für Eltern	Eltern von Schülern mit Migrationshintergrund erhalten Sprachkurse in der Schule	Ernst-Reuter-Schule
Deutschkurse	Kurse zu „Deutsch als Fremdsprache“ und Integrationskurse	vhs Dietzenbach
Herkunftssprachlicher Unterricht	Sprachunterricht an den Schulen, für Türkisch oder Arabisch	Dietzenbacher Schulen

Empfohlene Maßnahmen:

- ▶ Das Angebot an Sprachkursen und deren Ziele sollen bei der Zielgruppe durch die Anbieter und die Stadt besser bekannt gemacht werden. Dies soll auch in die Arbeit der Integrationslotsen einbezogen werden. Die Anbieter von Sprachkursen sollen dazu angeregt werden, in den Kursen die deutsche Sprache noch alltags- und praxisnaher zu vermitteln.
- ▶ Themenspezifische Sprachkurse, z.B. für Eltern, sollten über das bestehende Angebot hinaus ausgebaut werden. Auch älteren Migranten sollen im Rahmen vorhandener Mittel ein Sprachlernangebot gemacht werden. Dafür sollen in den Bildungseinrichtungen und im Bildungshaus Räume zur Verfügung gestellt werden.
- ▶ In den Dietzenbacher Kindertageseinrichtungen und Schulen soll die Sprachförderung einem ganzheitlichen Ansatz folgen, wie ihn das Bundesweite Integrationsprogramm vorsieht.
- ▶ Schüler sollen im Rahmen vorhandener Lehrkapazität die Möglichkeit haben, Türkisch, Arabisch und andere Sprachen als zweite Fremdsprache zu lernen.



2. Es ist unser Ziel, die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche in Dietzenbach zu verbessern.

2.1 Die bestehenden schulischen und außerschulischen Bildungsangebote – für Kinder, Jugendliche und Erwachsene – sollen strukturiert erfasst, koordiniert, vernetzt, aufeinander abgestimmt und erweitert werden. Das Bildungshaus soll dabei eine zentrale Rolle übernehmen.

2.2 Kinder sollen mit spätestens drei Jahren eine Kita besuchen und durch diese optimal auf den Schuleintritt vorbereitet werden.

2.3 Die finanziellen und personellen Ressourcen der Schulen sowie der Hausaufgabenhilfe und Schulsozialarbeit sollen, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, an dem Bedarf der Kinder ausgerichtet, erweitert werden, so dass sie eine individualisierte Förderung ermöglichen und die Kinder zu einem qualifizierten Abschluss führen.

2.4 Die interkulturelle Öffnung der Kitas, Schulen und externen Bildungseinrichtungen in Dietzenbach soll weitergeführt werden.

2.5 Die Kitas und Schulen sollen in Veranstaltungen und im alltäglichen Umgang mit den Kindern deren sprachlicher, kultureller und religiöser Vielfalt Wertschätzung entgegenbringen.

Beispiele für laufende Maßnahmen

Maßnahme	Beschreibung	Träger
Angebot der Stadtbücherei	Medien in verschiedenen Herkunftssprachen, Leseförderung, Bildungspartner für Kinder und Eltern	Kreisstadt Dietzenbach
Hausaufgabenhilfe	Schulbegleitende Jugendhilfemaßnahme, bei der Schulkinder am Nachmittag Unterstützung erhalten	Kreisstadt Dietzenbach, Dietzenbacher Schulen
Schulsozialarbeit	Vielfältige Angebote für einzelne Kinder und Jugendliche oder ganze Klassen	Kreisstadt Dietzenbach



Empfohlene Maßnahmen

- ▶ In der Verwaltung soll der Verantwortungsbereich eines Bildungsbeauftragten geschaffen werden; dieser soll die anzustrebende Koordination der Angebote, der Räume und des „Runden Tisch Bildung“ sowie das Monitoring wahrnehmen.
- ▶ Es soll ein „Runder Tisch Bildung“ zur Vernetzung der Dietzenbacher Kindertagesstätten, Schulen und externen (Bildungs-)Einrichtungen eingerichtet werden, der regelmäßig (mindestens 3 Mal pro Jahr) und nachhaltig tagt. Dieser soll unter der Schirmherrschaft des Bürgermeisters stehen („Bildung als Chefsache“).
- ▶ Der neu entstandene „Runde Tisch Bildung“ soll Ansprechpartner in den religiösen Gemeinden Dietzenbachs haben und eng mit dem „Netzwerk Wirtschaft und Arbeitsmarkt“ sowie anderen lokalen Netzwerken zusammenarbeiten; das Bildungshaus soll zum zentralen Ort hierfür werden.
- ▶ Es soll ein Dietzenbacher Bildungsmonitoring entwickelt und regelmäßig durchgeführt werden, welches u. a. die Kompetenzentwicklung der Kinder und Jugendlichen mit Hilfe von Indikatoren erfasst und auf die verschiedenen Bildungseinrichtungen (Kindertagesstätten, Schulen und außerschulische Einrichtungen) bezogen ist. Es soll nach Migrationshintergrund sowie sozialen Lagen differenzierbar sein.
- ▶ Bestehende Maßnahmen (HEGISS, SVO) sollen evaluiert werden; erfolgreiche Maßnahmen sollen nicht mehr projektbezogen durchgeführt werden, sondern in die Regelstrukturen übergehen.
- ▶ Es soll ein Überblick über für Bildungsangebote geeignete Räume (Schulen, Bildungshaus) entwickelt, deren Belegung koordiniert und gegebenenfalls neue Räume (z.B. für Deutschkurse) zur Verfügung gestellt werden.
- ▶ Es sollen Befragungen seitens der Träger von Bildungsangeboten (z.B. der vhs) durchgeführt werden, um die Interessen der Dietzenbacher hinsichtlich der Kurse zu ermitteln.
- ▶ Es soll ein Ausbau und eine Neukonzeption der Kitas erfolgen: Die Betreuungszeiten sollen am Bedarf orientiert und flexibel zwischen 6:00 Uhr und 20:00 Uhr nutzbar sein. Dabei sollen verbindliche und längere Präsenzzeiten eingeführt werden. Dabei soll auf eine verpflichtende Kernbetreuungszeit geachtet werden.
- ▶ Langfristig sollen die Gruppengröße in den Kitas auf 15 bis 18 Kinder reduziert und der Personalschlüssel dementsprechend erhöht werden.
- ▶ Um Kinder auf den Schulübergang vorzubereiten, soll es gemeinsame Projekte zwischen den Kitas und Schulen geben; dabei können ältere Kinder als Paten für jüngere Kinder agieren.
- ▶ Die Ganztagsbetreuung an den Schulen soll ausgebaut werden, so dass es mindestens zwei voll ausgebaute Ganztagschulen in Dietzenbach gibt.



- ▶ Schulsozialarbeit und Hausaufgabenhilfe sollen auf Grundlage der im Monitoring ermittelten Bedarfe ausgebaut werden.
- ▶ Die Stadt Dietzenbach soll verstärkt Lobbyarbeit beim Land Hessen, insbesondere dem Hessischen Kultusministerium, betreiben – hinsichtlich finanziellen Mitteln, Lehrerzuweisung, Klassengröße, einer sozial gerechten Gebührenstruktur der Kitas und einem Jahr „Pflicht“-Kindergarten.
- ▶ Es sollen mehr männliche Mitarbeiter sowie Mitarbeiter mit Migrationshintergrund, interkulturellen und sprachlichen Kompetenzen in den Kitas, Schulen und externen Bildungseinrichtungen eingestellt werden.
- ▶ Mitarbeiter der Bildungseinrichtungen sollen motiviert werden, an Schulungen zu interkultureller Öffnung und interkulturellen Kompetenzen teilzunehmen.

3. Die Elternarbeit in Kitas und Schulen soll intensiviert werden.

3.1 Eltern sollen mit bzw. vor der Geburt des Kindes in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt und unterstützt werden.

3.2 Eltern sollen umfassende Informationen über Institutionen der Kinderbetreuung, das deutsche Schul- und Ausbildungssystem, Hilfs- und Förderangebote für die Entwicklung ihrer Kinder sowie Informationen über freizeitgestaltende Angebote erhalten. Diese sollen niedrigschwellig, anlass- und themenspezifisch sowie, wenn nötig, mehrsprachig sein.

3.3 Kitas und Schulen sollen Methoden und Aktivitäten verstärken, Eltern mit Migrationshintergrund, vermehrt auch Väter, in ihre Aufgaben und Angebote einzubeziehen.

Beispiele für laufende Maßnahmen

Maßnahme	Beschreibung	Träger
„Eltern machen Schule“/Elternlotsen	Schulung von Eltern, damit diese ihre Kinder in der Schule besser unterstützen und als Ansprechpartner für andere Eltern agieren können	Zusammenleben der Kulturen in Dietzenbach e.V., Sterntalerschule
Opstapje	Präventives Frühförderprogramm mit Hausbesuchen und Hilfestellungen für Familien zum Thema Erziehung	Beratungszentrum Mitte (Diakonisches Werk)



Empfohlene Maßnahmen

- ▶ Ein Teil der Dietzenbacher Kindertagesstätten sollen zu Familienzentren ausgebaut werden.
- ▶ Kitas und Schulen sollen die Eltern zur Teilnahme an Elternabenden und Veranstaltungen motivieren und dabei Elternlotsen einsetzen, die einen Migrationshintergrund haben und das deutsche Bildungssystem kennen.
- ▶ Um schwer erreichbare Eltern einzubinden, sollen weiterhin verstärkt Elternlotsen ausgebildet und engagierte pensionierte Lehrer sowie Multiplikatoren (z.B. Mitglieder von Vereinen, Moscheen und dem Ausländerbeirat) eingesetzt werden. Dazu sollen „Elternschulen“ an allen Dietzenbacher Grundschulen etabliert werden.
- ▶ Für den Austausch der Eltern, Angebote, Projekte und Veranstaltungen sollen Räumlichkeiten in den Kitas und Schulen geschaffen werden.
- ▶ Hospitationen von Eltern sollen von den Kitas und Schulen ermöglicht werden.
- ▶ In den Kitas sollen Veranstaltungen für Eltern angeboten werden, deren Kinder (noch) keine Einrichtung besuchen: Spielkreise, „Mutter-Kind-Cafés“, Informationsveranstaltungen.
- ▶ Informationen über das Betreuungs-, Schul- und Ausbildungssystem sollen – teils übersetzt – in einer „Informationsfibel“ zusammengetragen werden; dabei soll eng mit der in Handlungsfeld 4 empfohlenen städtischen „Orientierungsbroschüre“ zusammengearbeitet werden.

4.3 Handlungsfeld 3 „Arbeiten in Dietzenbach – Wirtschaft und Arbeitsmarkt“

Grundlagen und Bedeutung des Handlungsfeldes

Integration in den Arbeits- und Wirtschaftsprozess ist die Grundlage aller Integration und begründet wesentlich die gesellschaftliche Stellung von Menschen. Städte können zum einen Maßnahmen durchführen, die die Integration in den Arbeitsmarkt für abhängig Beschäftigte mit Migrationshintergrund fördern, zum anderen interessierten Personen helfen, selbständig zu werden und den Geschäftserfolg zu sichern. Weiterhin können Städte als Arbeitgeber Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund vornehmen. Eine erfolgreiche Standortpolitik mit dem Zuwachs an Arbeitsplätzen ist darüber hinaus die beste Politik auch für die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt.

Weil die meisten Tätigkeiten im modernen Arbeitsprozess stark durch sprachliche Kommunikation gekennzeichnet sind, können Städte durch das Angebot von Sprachkursen Beschäftigung fördern. Da weiterhin die Integration in den Arbeitsmarkt auch auf vielen



informellen Wegen und über gesellschaftliche Netzwerke und Verkehrskreise erfolgt, ist die Förderung gesellschaftlicher Partizipation von Migranten durch Städte zugleich auch ein Beitrag zur Förderung von Beschäftigung.

Städte als Arbeitgeber können in der gegenwärtigen Finanzlage nur in seltenen Fällen neue Stellen schaffen und auf diesem Weg die Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund erhöhen. Ein Erfolg versprechender Weg ist die zielbewusste Rekrutierung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund, ohne Leistungsstandards zu verletzen. Städte können Informationsmaßnahmen für bestimmte Zuwanderergruppen über die Ausbildungsplatzangebote veranstalten und Vorbereitungskurse anbieten, in denen potenzielle Bewerber sich auf eine Aufnahmeprüfung vorbereiten.

Ein zunehmend wichtig gewordener Komplex wirtschaftlicher Integration ist die wirtschaftliche Selbständigkeit. Motive zur Selbständigkeit auch bei Zuwanderern sind zum einen die „normalen“ unternehmerischen Motive wie der Wunsch nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit und einem guten Einkommen sowie Einstellungen wie Innovationsfreude und Risikobereitschaft. Zum anderen zeigen Untersuchungen jedoch auch, dass Selbständigkeit häufig als Ausweg aus Arbeitslosigkeit oder drohender Arbeitslosigkeit gesucht wird.

Die Gründung eines Unternehmens erfordert eine Geschäftsidee, eine Marktanalyse für ein geplantes Produkt oder eine Dienstleistung, einen Geschäftsplan, Räume, die Entscheidung für eine Rechtsform, ein bestimmtes Kapital und/oder Kredite, den Einsatz der eigenen Arbeitskraft und/oder von Personal; zusätzlich ist notwendig das Einholen von Genehmigungen, die Abgabe von Erklärungen sowie das Registrieren des Unternehmens. Kenntnisse über Arbeits- und sozialversicherungsrecht, Buchhaltung und Steuern müssen vorhanden sein oder eingeholt werden. Für den gesamten Komplex der angesprochenen Fragen und Probleme können Kommunen in Zusammenarbeit mit Kammern und Verbänden ein Beratungsangebot organisieren, das die besonderen Bedürfnisse von Zuwanderern berücksichtigt und dieses bekannt macht. Das Beratungsangebot ist nicht nur für die Gründungsphase wichtig, sondern im Geschäftsverlauf für die Sicherung des Erfolgs in der Zukunft.

Ziel- und Maßnahmenkatalog

1. Es soll eine Vernetzung der für den Bereich Integration in Wirtschaft und Arbeitsmarkt relevanten Akteure und Maßnahmen erreicht werden. Kern des Netzwerks soll die gegenwärtige Arbeitsgruppe des Handlungsfeldes sein.

1.1 Das Netzwerk soll ein wichtiger Ansprechpartner für die Dietzenbacher Bevölkerung zu Fragen der Integration in den Arbeitsmarkt sein und Kontakte vermitteln.



1.2 Informationen über Angebote im Bereich der Arbeitsmarktintegration sollen im Netzwerk gebündelt, aufeinander abgestimmt und bekannt gemacht werden.

Empfohlene Maßnahmen:

- ▶ Zum Aufbau des geplanten Netzwerkes sollen eine Übersicht zu relevanten Institutionen und Unternehmen erstellt und gepflegt werden sowie die Kontaktaufnahme mit diesen Institutionen erfolgen.
- ▶ Um persönliche Kontakte auszubauen und das Netzwerk bekannt zu machen, sollen Veranstaltungen, z.B. in Schulen und Vereinen, besucht und Lotsen genutzt werden; praktische Schulprojekte sollen dem Netzwerk vorgestellt werden; es kann „Aufträge“ erteilen und Projekte anregen, z. B. „Jugend arbeitet“ (analog zu „Jugend forscht“). Die Ansprechpartner zur Integration in den Arbeitsmarkt sollen wohnortnah agieren.
- ▶ Eine Sammlung und Auswertung sowohl statistischer Indikatoren als auch Informationen zu bestehenden Angeboten zur Beschreibung der „Ist-Situation“ im Bereich Arbeitsmarktintegration soll von Mitgliedern des Netzwerkes und/oder externen Partnern vorgenommen werden.
- ▶ Es soll in Zusammenarbeit mit der Stadt, der Agentur für Arbeit und der ProArbeit eine Internetplattform eingerichtet werden, die Informationen über Träger und Angebote nutzerfreundlich, an der heterogenen Bevölkerung ausgerichtet, bereitstellt.

2. Es ist unser Ziel, Jugendliche und Erwachsene nachhaltig in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

2.1 „Nach jedem Abschluss ein Anschluss“ – Jugendliche Dietzenbacher sollen verstärkt während ihrer Schulzeit auf die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit vorbereitet werden.

2.2 Zur Vorbereitung auf den Arbeitsmarkteinstieg sollen Personen mit Migrationshintergrund bei Bedarf und entsprechend ihrer Kenntnisse sowohl eine sprachliche als auch eine berufliche (Weiter-)Qualifizierung erhalten.

2.3 Nach dem Einstieg ins Berufsleben sollen Auszubildende und Arbeitnehmer weiterhin eine qualifizierte Begleitung erfahren.

2.4 Personen mit Migrationshintergrund sollen Unterstützung bei der Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Abschlüsse und Qualifikationen erhalten.



Beispiele für laufende Maßnahmen:

Maßnahme	Beschreibung	Träger
Berufsberatung in den Schulen	Externe Berufsberater und Lehrkräfte unterstützen die Schüler bei der Praktikums- und Ausbildungsplatzsuche	Dietzenbacher Schulen
Bewerbungscoaching der Seniorenhilfe	Mitglieder der Seniorenhilfe unterstützen benachteiligte Schüler der Abschlussklassen bei der Berufsfindung und Bewerbung	Seniorenhilfe Dietzenbach e.V.
Hilfe beim Übergang Schule – Beruf	Projekttag für Schüler der 8. und 9. Klassen mit Praxisübungen zum Bewerbungsprozess	Jugendzentrum Dietzenbach
Ausbildungsprojekte	Schwer vermittelbare Jugendliche und junge Erwachsene werden zum Gebäudereiniger und Gartenbauhelfer ausgebildet	Städtische Betriebe mit Kooperationspartnern
Sprachliche und berufliche Weiterqualifizierungsangebote	Alphabetisierungskurse, Deutschkurse, Kurse zur Bewerbung und zum Berufseinstieg	vhs Dietzenbach

Empfohlene Maßnahmen:

- ▶ Informationsveranstaltungen (für Jugendliche und deren Eltern) zum Kennenlernen des Ausbildungssystems und der Berufseinstiegsmöglichkeiten sollen sowohl in (z.B. bei Elternabenden) als auch vermehrt außerhalb der Schule (z.B. in Vereinen, Moscheen) stattfinden. Die Möglichkeiten einer Ausbildungsmesse sollen genutzt werden.
- ▶ Im neu zu schaffenden Netzwerk soll eine enge und koordinierte Zusammenarbeit zwischen Schulen, Trägern und Ausbildungsbetrieben zur Vereinfachung des Übergangs von der Schule in den Beruf stattfinden.
- ▶ Ein mehrwöchiges Praktikumsprogramm für Jugendliche während und nach der Schulzeit soll eingerichtet werden. Es soll von einem regionalen Praktikumsbüro unterstützt werden.
- ▶ Paten- und Mentorenprogramm: Praktikanten, Auszubildende und neue Mitarbeiter sollen von geschulten Paten und Mentoren begleitet werden, z.B. über die „Joblinge gAG Frankfurt am Main“.



- ▶ Um den Arbeitsmarkteinstieg für Erwachsene zu erleichtern, sollen niedrigschwellige Einstiegsmöglichkeiten, wie Umschulungen, On-the-job-Training, Wiedereinstiegs-Programme für Frauen nach der Elternzeit oder Praktika angeboten werden – ohne, dass dies langfristig zum Widerspruch zu einer gerechten und angemessenen Entlohnung der Arbeitnehmer führt.
- ▶ Die Stadt Dietzenbach soll eine Beschäftigungsgesellschaft einrichten bzw. mit der Gemeinnützigen Offenbacher Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft (GOAB) kooperieren, um auch schwer vermittelbare Personen besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren.
- ▶ Möglichkeiten der Unterstützung für berufsvorbereitende Sprachkurse und Qualifizierungsangebote (z.B. Bildungsgutscheine) sollen bei der Zielgruppe stärker bekannt gemacht werden.
- ▶ Unternehmen sollen dafür sensibilisiert werden, ihre Arbeitnehmer und Auszubildenden aus der Dietzenbacher Bevölkerung zu rekrutieren; dabei soll das soziale Engagement der Bewerber stärker Berücksichtigung finden.
- ▶ Um Interesse und Motivation zur Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit zu wecken, sollen im Arbeitsmarkt integrierte Personen und kürzlich übernommene Auszubildende als Vorbilder bekannt gemacht werden.
- ▶ Bestehende Informationen zum Verfahren der Anerkennung ausländischer Abschlüsse, die in anderen Kommunen oder Institutionen entwickelt wurden, sollen beschafft und eingesetzt werden. Die Möglichkeiten des neuen Bundesgesetzes zur Anerkennung von ausländischen Abschlüssen sollen genutzt werden.

3. Die Gründung und Ansiedlung von (Migranten-) Unternehmen ist ein wichtiges Ziel der Wirtschaftsförderung in Dietzenbach.

3.1 Die Beratungsmöglichkeiten für Gründer sollen besser bekannt gemacht werden.

3.2 Selbständige sollen vor, während und nach der Gründung ihres Unternehmens eine enge Begleitung durch die Wirtschaftsförderung, die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer sowie weitere lokale Akteure erfahren.

3.3 Die Stadt soll im Rahmen von Wirtschaftsförderung aktiv die Ansiedlung von (Migranten-)Unternehmen fördern.



Beispiele für laufende Maßnahmen:

Maßnahme	Beschreibung	Träger
Neue Internetpräsenz der Wirtschaftsförderung	Die Wirtschaftsförderung stellt sich als Ansprechpartner für Unternehmer, Gründer und Investoren vor	Wirtschaftsförderung Dietzenbach
Aufbau von Wirtschaftsbeziehungen in die chinesische Stadt Kunming	Eine Delegation um den Bürgermeister reiste nach Kunming; Unterzeichnung eines Freundschaftsabkommens	Wirtschaftsförderung Dietzenbach

Empfohlene Maßnahmen:

- ▶ Es soll eine Übersicht über bestehende Beratungsangebote für Existenzgründer erarbeitet werden.
- ▶ Beratungsangebote sollen auch auf die Bedürfnisse von Gründern mit Migrationshintergrund zugeschnitten sein.
- ▶ Schulungen und Beratungen zur Existenzgründung sollen wohnortnah, d.h. in Dietzenbach, angeboten werden.
- ▶ Unternehmensgründungen und Ansiedlung sollen auch Thema des neu zu schaffenden Netzwerks „Wirtschaft und Arbeit“ werden.
- ▶ Kontakte der Dietzenbacher Einwohner mit Migrationshintergrund in das Herkunftsland sollen genutzt werden, um die Wirtschaftsbeziehungen in diese Regionen gegebenenfalls zu intensivieren und dort Werbung für den Wirtschaftsstandort Dietzenbach zu machen.

4.4 Handlungsfeld 4 „Willkommen sein in Dietzenbach – Vielfalt in Verwaltung und Parteien“

Grundlagen und Bedeutung des Handlungsfeldes

Moderne demokratische Gesellschaften erfordern aktive Bürger, die ihre demokratischen Rechte und Pflichten auch ausüben. Politische Partizipation von Bürgern mit Migrationshintergrund ist ein Hauptthema dieses Handlungsfeldes. Die Ausübung demokratischer und sozialer Rechte ist dabei unter anderem an eine öffentliche Verwaltung gebunden, die bereit und in der Lage ist, auf die Bedürfnisse und Potenziale der Menschen mit Migrationshintergrund einzugehen und sich interkulturell zu öffnen.



Die Art und Weise, wie Verwaltung auf die Menschen mit Migrationshintergrund eingeht, ist dabei zugleich Teil einer gesellschaftlichen Willkommenskultur. „Willkommenskultur“ ist ein nicht scharf abgrenzbarer Bereich gesellschaftlicher Praktiken, der sich auf das Verhalten gegenüber Migranten bezieht und Bereitschaft zur Anerkennung und Akzeptanz von neuen Mitgliedern der Gesellschaft anzeigt. Im einzelnen geht es darum, wie man mit Migranten oder über sie spricht, wie und was man über sie schreibt, welche Symbole man ihnen gegenüber verwendet, welche Gefühle man zeigt, welches „Klima“ in der Begegnung mit ihnen erzeugt wird und dass man nicht diskriminiert.

Politische Beteiligung erstreckt sich u. a. auf die Beteiligung an Wahlen und die Mitgliedschaft in politischen Organisationen und Parteien. Sie ist zumeist Teil und Ergebnis eines allgemeinen gesellschaftlichen Engagements. In der ersten Phase des Integrationsprozesses ist das politische Interesse noch überwiegend auf Entwicklungen im Herkunftsland gerichtet, mit zunehmender Integration bezieht es sich auf das Einwanderungsland. Die Beteiligung an Wahlen ist im Allgemeinen an die Voraussetzung der Einbürgerung gebunden. Eine Beteiligung von Drittstaatlern an Kommunalwahlen würde eine Verfassungsänderung notwendig machen. Das Potenzial an Einbürgerung ist bei weitem nicht ausgeschöpft, da viele Menschen, die die Voraussetzungen erfüllen, keinen Antrag stellen. Zu den Ursachen der geringen Einbürgerungsneigung gehört ein Informationsdefizit. Es gibt Belege für die Annahme, dass Einbürgerung das politische Engagement verstärkt.

Werbung für die Mitgliedschaft in politischen Parteien hat mehr Chancen auf Erfolg, wenn sie über Personen erfolgt, die selber einen Migrationshintergrund haben und schon Mitglied der Partei sind. Über die bloße Mitgliedschaft von Personen mit Migrationshintergrund in Parteien hinaus ist es von besonderer integrationspolitischer Bedeutung, politisch interessierte Jugendliche für Mitgliedschaften anzusprechen. Dies trifft auf die Schwierigkeit, dass sie häufig informelle Formen von politischem Engagement bevorzugen. Das politische Engagement von Frauen mit Migrationshintergrund zu stärken ist ebenfalls eine große Herausforderung.

Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung als wichtiger Teil einer Willkommenskultur hat vor allem zwei Aspekte: zum einen die Verwaltung zu befähigen, besser auf die Anliegen der Bürger mit Migrationshintergrund einzugehen; zum anderen die Einstellung von mehr Personal mit Migrationshintergrund zu verstärken. Quotierungen sind für die Erhöhung des Migrantenanteils kein geeignetes Instrument. Die Verwaltung kann sich aber in diesem Bereich für bestimmte Zeiträume Ziele setzen, die erreicht werden sollen (Diversitätsorientierte Personalpolitik).

Ziel- und Maßnahmenkatalog

1. Die politische Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund auf kommunaler Ebene soll verbessert werden.



1.1 Der Ausländerbeirat soll seine Rolle als Interessensvertretung der ausländischen Einwohner Dietzenbachs aktiver ausüben.

1.2 Über verstärkte Einbürgerungsbemühungen soll die politische Partizipation der Migranten mit längerem Aufenthalt auf allen Ebenen ermöglicht werden.

1.3 Die politischen Parteien sollen sich stärker für die heterogene Gesellschaft öffnen und aktiv den politischen Nachwuchs – insbesondere auch mit Migrationshintergrund – fördern.

Beispiele für laufende Maßnahmen:

Maßnahme	Beschreibung	Träger
Planspiel „An den Schalthebeln der Macht“	Schüler der 9. Klassen erlernen modellhaft Abläufe und Arbeitsweisen der Kommunalpolitik	Jugendzentrum Dietzenbach, weiterführende Schulen
Schülerparlament in der Dietrich-Bonhoeffer-Schule	Schüler der 3. und 4. Klassen kommen in einem Gremium zusammen und planen kleinere Änderungen in ihrem schulischen Umfeld	Dietrich-Bonhoeffer-Schule
„Runder Tisch für ein humanes Miteinander“	Runder Tisch, der sich mit Themen aus dem Bereich Integration und Zusammenleben befasst	Vorsitz: Stadtverordnetenvorsteherin
Interfraktionelle Arbeitsgruppe Integration	Regelmäßiger nicht-öffentlicher Austausch von Vertretern der Fraktionen zum Thema Integration	Vorsitz: Stadtverordnetenvorsteherin

Empfohlene Maßnahmen:

- ▶ Um die Wahlbeteiligung bei der Ausländerbeiratswahl zu erhöhen, sollen Informationen über die Wahl und den Beirat im Willkommenspaket (s. u.) enthalten sein.
- ▶ Der Ausländerbeirat soll anlassbezogen noch mehr in bestehende Veranstaltungsreihen und Strukturen einbezogen werden und verstärkt mit anderen lokalen Akteuren kooperieren.
- ▶ Informationsveranstaltungen zu politischer Bildung sollen in Zusammenarbeit von Politik und Schulen erfolgen: Dabei sollen sowohl Vertreter der Parteien an Diskussionsveranstaltungen in den Schulen und im Rahmen des Planspiels als auch Schulklassen an Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung teilnehmen.



- ▶ In Dietzenbach soll ein Jugendbeirat eingerichtet werden, der in der Anfangsphase von erfahrenen lokalen Politikern unterstützt wird.

2. Die interkulturelle Öffnung der Dietzenbacher Stadtverwaltung soll verstärkt werden.

2.1 Die Stadtverwaltung soll unter Beachtung des Leistungsprinzips eine gezielte diversitätsorientierte Personalauswahl und Personalentwicklung betreiben.

2.2 Die Dienstleistungsangebote der Dietzenbacher Stadtverwaltung sollen an den Bedürfnissen der heterogenen Bevölkerung ausgerichtet sein.

2.3 Die Stadt soll eine Antidiskriminierungspolitik einführen.

Beispiele für laufende Maßnahmen:

Maßnahme	Beschreibung	Träger
Fortbildung zur Interkulturellen Kompetenz	Seminare für Mitarbeiter der Stadtverwaltung	Kreisstadt Dietzenbach
Verwaltungsinterner Dolmetscherpool	Übersicht über Sprachkenntnisse der Verwaltungsmitarbeiter für interne Dolmetscherdienste	Kreisstadt Dietzenbach
Interkulturelle Öffnung der Stadtbücherei	Medien in verschiedenen Sprachen, Einführung für Kinder und Eltern	Kreisstadt Dietzenbach
Formularhilfe	Hilfe beim Ausfüllen von Formularen und Erstellen von Schreiben (v. a. für Personen mit marokkanischem und pakistanischem Migrationshintergrund)	Kreisstadt Dietzenbach

Empfohlene Maßnahmen:

- ▶ Es sollen wissenschaftliche Studien durchgeführt werden, beispielsweise in Kooperation mit Hochschulen, zur Bestandsaufnahme des Migrationshintergrundes, der Sprachkenntnisse und der interkulturellen Kompetenz der Mitarbeiter sowie der Ermittlung von Bedürfnissen im Hinblick auf die Dienstleistungsangebote.
- ▶ In bestimmten Stellenausschreibungen der Stadtverwaltung soll es einen Passus über die Erwünschtheit spezieller Kompetenzen der Bewerber (z. B. Orts- und Sprachkenntnisse oder interkulturelle Kompetenz) geben.



- ▶ Zur Vorbereitung auf die Einstellungstests für eine Ausbildung bei der Stadtverwaltung sollen Seminare angeboten werden, die allen Interessierten offen stehen.
- ▶ Die Stadtverwaltung soll eng mit Schulen zusammenarbeiten sowie auf Messen und Infoveranstaltungen präsent sein, um vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund und deren Eltern über Ausbildungsmöglichkeiten in der Verwaltung zu informieren.
- ▶ Fortbildungen zu Themen der interkulturellen Kompetenz sollen regelmäßig angeboten werden.
- ▶ Informationen über verfügbare externe Übersetzungsdienste sollen der Stadtverwaltung in Form eines Leitfadens vorliegen.
- ▶ Dietzenbacher Einwohner sollen ehrenamtlich als Mentoren die Betreuung und Beratung eingewanderter Menschen (bei Behördengängen etc.) unterstützen.
- ▶ Beim Bau oder Umbau von Moscheen soll die Stadt im Fall von Konflikten vermittelnd intervenieren.
- ▶ Die Stadtverwaltung soll eine Antidiskriminierungsstelle einrichten, an die sich Personen wenden können, die sich auf Grund ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, Religion, ihres Alters oder ihrer sexuellen Orientierung, diskriminiert fühlen. Sie kann z. B. bei der Gleichstellungsbeauftragten angesiedelt werden.

3. Es ist unser Ziel, eine „Kultur des Willkommenseins“ für Neuzuwanderer und schon länger in Dietzenbach lebende Personen mit Migrationshintergrund zu etablieren.

3.1 Die Stadtverwaltung soll Informationen zum Leben in Dietzenbach zusammenstellen und diese sowohl neu zuziehenden Personen als auch Einwohnern der Stadt in leicht verständlicher Form zugänglich machen.

3.2 Mit einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit soll die Stadt ein positives Image Dietzenbachs vermitteln, das die Stärken als „junge Stadt“ und die Chancen kultureller Vielfalt aufzeigt.

3.3 Die Identifikation der Bürger mit ihrer (neuen) Heimat Dietzenbach soll erhöht werden.

Empfohlene Maßnahmen:

- ▶ „Willkommenspaket“: Jeder Bürger soll mit Zuzug, Einbürgerung oder einem anderen Anlass ein Willkommenspaket erhalten, was neben der Orientierungsbroschüre (s. u.),



weitere Informationen über das Leben in der Stadt enthält; das Paket soll bedarfsgerecht zusammengestellt werden.

- ▶ „Orientierungsbroschüre“: Eine Broschüre soll einen Überblick über wichtige Behörden, Anlaufstellen und Ansprechpartner geben; Schlagwörter in der Broschüre sollen übersetzt werden.
- ▶ Die Stadt Dietzenbach soll öffentlichkeitswirksam der Charta der Vielfalt beitreten und Unternehmen und Institutionen dazu anregen, dies auch zu tun.
- ▶ Es sollen regelmäßig Dialogforen angeboten werden, bei denen über aktuelle Themen und Entwicklungen in den Bereichen Vielfalt und Integration offen und konstruktiv diskutiert werden kann.
- ▶ Die Bürgersprechstunden des Bürgermeisters und des Ersten Stadtrates sollen an einzelnen Terminen auch mit Unterstützung eines Dolmetschers für bestimmte Sprachen angeboten werden.
- ▶ Politiker und Mitarbeiter der Stadtverwaltung sollen eine Vorbildrolle im Umgang mit Vielfalt einnehmen und beispielsweise die Schirmherrschaft über Projekte übernehmen.
- ▶ Stadtverwaltung und Ausländerbeirat sollen Einwanderer über die Voraussetzungen und Vorteile einer Einbürgerung informieren, beispielsweise im Willkommenspaket.
- ▶ In Dietzenbach soll jährlich eine von der Stadt organisierte Einbürgerungsfeier für Personen, die in den vergangenen zwölf Monaten eingebürgert wurden, stattfinden.

4.5 Handlungsfeld 5 „Aufwachsen in Dietzenbach – Außerschulische Angebote für Kinder und Jugendliche“

Grundlagen und Bedeutung des Handlungsfeldes

Dietzenbach ist eine vergleichsweise junge Stadt: Fast 20% der Einwohner sind jünger als 18 Jahre. Dieser Anteil liegt deutlich über dem deutschlandweiten und auch hessischen Durchschnitt von etwa 16 bzw. 17%. Kinder und Jugendliche bilden also eine wichtige Zielgruppe, die auch außerhalb des Bildungs- und Ausbildungssystems besondere Berücksichtigung finden muss, vor allem im Hinblick auf sinnvolle Angebote der Freizeitgestaltung. Für die Ausgestaltung solcher Angebote und die Anliegen der Kinder und Jugendlichen im Allgemeinen müssen deren Ansichten auch in der Politik Gehör finden. Dies kann sowohl über die aktive Jugendarbeit der politischen Parteien als auch über die Einrichtung eines eigenen Gremiums in der Kommunalpolitik erfolgen.

Für die Freizeitgestaltung spielen Vereine eine große Rolle, insbesondere Sportvereine. Sie bieten den Kindern und Jugendlichen die Gelegenheit, sich in gemeinsamen Aktivitäten, bei denen der Migrationshintergrund nicht im Vordergrund steht, zu betätigen. Zudem



können Jugendliche in Vereinen und anderen Initiativen lernen, Verantwortung zu übernehmen und soziale Kompetenzen entwickeln, die sie auch im schulischen und beruflichen Leben einsetzen können.

Oftmals zeigen Kinder und Jugendliche jedoch eine Scheu vor formellen Organisationsformen des sozialen Engagements. Es ist somit zentral, ihnen auch informelle Beteiligungsmöglichkeiten zu eröffnen. Vereine müssen diese Scheu berücksichtigen, wenn sie Jugendarbeit betreiben und neue Wege der Ansprache und Einbeziehung entwickeln. Eine qualifizierte Jugendarbeit ist essentiell für die Vereine, da diese nur so ihr Fortbestehen sichern können.

Ziel- und Maßnahmenkatalog

1. Es ist unser Ziel, Kinder und Jugendliche verstärkt in politische und gesellschaftliche Strukturen einzubinden.

1.1 Die Interessen der Kinder und Jugendlichen in Dietzenbach sollen in der Politik stärker Gehör finden.

1.2 Kinder und Jugendliche sollen sich verstärkt in Vereinen und offenen Angeboten engagieren.

1.3 Kinder und Jugendliche sollen – sowohl innerhalb als vor allem auch außerhalb der Vereinsstrukturen – ein umfassendes Angebot zur sinnvollen Freizeitgestaltung vorfinden.

Beispiele für laufende Maßnahmen:

Maßnahme	Beschreibung	Träger
Zusammenspiel	Offenes Spielangebot für Kinder und Jugendliche	Zusammenleben der Kulturen in Dietzenbach e.V.
Jugendzentrum (JUZ)	Jugendtreff, Veranstaltung von Ferienspielen	Kreisstadt Dietzenbach
Schulschach-Cup	Jährlicher Wettbewerb im Schachspiel	Schulen, SG Dietzenbach
Mitternachts-sport	Offenes Angebot; Begegnung und Integration über Sport	Zusammenleben der Kulturen in Dietzenbach e.V., Kreisstadt Dietzenbach
Boxprojekt	Boxtraining für Jungen und Mädchen, Tanztraining für Mädchen, Lauftreff (in Kooperation mit der Polizei) und	Kreisstadt Dietzenbach



	Hausaufgabenhilfe	
Kinder- und Jugendfarm	Betrieb einer Kinder- und Jugendfarm mit Tagesangeboten und speziellen Veranstaltungen	Kinder- und Jugendwelten Dietzenbach e.V.
Musik- und Gesangsunterricht	Gesangsunterricht und Angebote zum Erlernen eines Instruments; gemeinsames Singen und Musizieren	Interessensgemeinschaft der Musik- und Gesangsvereine Dietzenbach (IGMG)

Empfohlene Maßnahmen:

- ▶ Es soll – analog zum Ausländer- und Seniorenbeirat – ein Jugendbeirat in Dietzenbach entstehen, welcher zu Beginn von erfahrenen lokalen Politikern unterstützt wird.
- ▶ Bestehende Angebote für Kinder und Jugendliche sollen gesammelt, koordiniert und, soweit sinnvoll und finanzierbar, erweitert werden.
- ▶ Vereine sollen sich und ihre Angebote bei den Jugendlichen vorstellen und, sofern nicht schon vorhanden, dazu Jugendbeauftragte in den Vereinen etablieren.
- ▶ Angebote der Vereine für Kinder und Jugendliche sollen in die Ganztagsbetreuung an den Schulen integriert werden.
- ▶ In Vereinen soll den Jugendlichen früh Verantwortung übertragen werden, beispielsweise im Bereich Öffentlichkeitsarbeit/neue Medien.
- ▶ Bei ihrem Engagement in- und außerhalb von Vereinen sollen Jugendliche eine qualifizierte Unterstützung erfahren: Zum einen durch ältere, erfahrene Mitglieder („Patentprinzip“) und zum anderen durch Qualifizierungsmaßnahmen, z.B. in Form der „Jugendleitercard“.
- ▶ Für ihr Engagement sollen Jugendliche Anerkennung seitens der Vereine und der Stadt erfahren: beispielsweise durch Auszeichnungen und Einladungen seitens der Politik, durch Ermäßigungen und Gutscheine, z.B. unter Einbezug der „Ehrenamtscard“.
- ▶ Eine Erweiterung der Angebote soll vor allem im Hinblick auf offene, altersspezifische, niedrigschwellige und wohnortnahe Angebote zur Freizeitgestaltung erfolgen. Mehr offene Sport- und Spielplätze, die wohnortnah und von außen einsehbar sind, sollen geschaffen werden.
- ▶ Um jedem Kind die Teilnahme an freizeitgestaltenden Angeboten zu ermöglichen, sollen das Bildungspaket und andere Finanzierungsmöglichkeiten eingebunden und bei der Zielgruppe stärker bekannt gemacht werden.



- ▶ Unter Eigenverantwortung der Jugendlichen, professioneller Begleitung und öffentlicher Förderung soll ein internationaler Jugendclub in Dietzenbach entstehen.

4.6 Handlungsfeld 6 „Gemeinsam alt werden in Dietzenbach – interkulturelle Seniorenarbeit“

Grundlagen und Bedeutung des Handlungsfeldes

Trotz seiner vergleichsweise vorteilhaften und jungen Altersstruktur macht der demografische Wandel auch vor Dietzenbach nicht Halt. Dabei wird sich auch der Anteil von älteren Personen mit Migrationshintergrund erhöhen, was sowohl Pflege- als auch soziale Angebote für Senioren vor neue Herausforderungen stellt.

Das Thema der kultursensiblen Altenpflege wird auch in Dietzenbach an Bedeutung gewinnen. Dabei ist es zum einen wichtig, dass Pflegedienste interkulturell geöffnet werden und auf die speziellen Bedürfnisse älterer Migranten eingehen können. Sprachbarrieren sind eine Herausforderung in diesem Bereich, aber auch spezifische Anforderungen an die Pflegekräfte hinsichtlich kulturspezifischer Erwartungen, z. B. bei der Verpflegung in den Seniorenheimen. Die Einstellung von geschultem Personal mit geeigneten (Sprach)Kenntnissen ist dafür zentral. Wichtig ist zudem, dass Senioren mit Migrationshintergrund und deren Angehörige über das deutsche Renten-, Gesundheits- und Pflegesystem informiert werden. Um diese Gruppe über ihre Rechte und Ansprüche zu informieren, kann die Stadt auf bestehende Strukturen, Vereine und Institutionen zurückgreifen. Aber nicht nur pflegespezifische Informationen sind nötig, sondern auch das Bekanntmachen von kulturellen und sozialen Angeboten für Senioren bei der Zielgruppe der Älteren mit Migrationshintergrund, um ihnen auch im Alter die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zu ermöglichen.

Ziel- und Maßnahmenkatalog

1. Es ist unser Ziel, die interkulturelle Öffnung der Freizeit- und Pflegeangebote für Senioren zu intensivieren.

1.1 Angebote für Senioren – sowohl im Bereich der Pflege als auch Freizeit- und Kulturangebote – sollen unter dem Aspekt der sich wandelnden Bevölkerungsstruktur Dietzenbachs weiterentwickelt werden und sich stärker auf die Bedürfnisse von Senioren mit Migrationshintergrund ausrichten.

1.2 Der sozialen Isolation von Senioren soll entgegengetreten werden und Begegnungen zwischen den Kulturen und Generationen ermöglicht werden.



Beispiele für laufende Maßnahmen

Maßnahme	Beschreibung	Träger
Seniorenbeirat	Vertretung der Interessen der älteren Einwohner Dietzenbachs	Eigenständiges politisches Gremium
Angebote der Seniorenhilfe	Infoveranstaltungen, Unternehmungen, Hospizdienst, Unterstützung zu Hause und der pflegenden Angehörigen	Seniorenhilfe Dietzenbach e.V.
Informationskurs	Mehrwöchiger Kurs über das Altenhilfe- und Gesundheitssystem für türkischsprachige Bürger	Zusammenleben der Kulturen in Dietzenbach e.V., AWO, städtische Seniorenarbeit, Leitstelle „Älterwerden“ (Kreis Offenbach)

Empfohlene Maßnahmen:

- ▶ Pflegedienste sollen unter Beachtung des AGG verstärkt Personal mit Migrationshintergrund, interkultureller Kompetenz und geeigneten Sprachkenntnissen einstellen.
- ▶ Es soll eine Werbekampagne für Pflegeberufe durchgeführt werden, die vor allem auch auf Personen mit Migrationshintergrund abzielt (Thema: „Wir brauchen euch!“) und beispielsweise Praktika für Schüler und Erwachsene beinhaltet.
- ▶ Senioren mit Migrationshintergrund und deren Angehörige sollen zielgruppenspezifisch über bestehende Angebote informiert und zu Fragen der Pflege und Rente beraten werden. Dabei soll sowohl auf das vorhandene Wissen lokaler Experten zurückgegriffen als auch vermehrt fremdsprachige Veranstaltungen angeboten werden. Ein teils mehrsprachiger „Seniorenkompass“ soll von der Stadt und den Einrichtungen entwickelt werden.
- ▶ Die Angebote für Senioren sollen vernetzt und aufeinander abgestimmt werden: Dazu sollen die Pflegedienste, Träger, die Seniorenhilfe, der Seniorenbeirat und Vertreter von Migrantenorganisationen sich regelmäßig in einem institutionalisierten Rahmen austauschen.
- ▶ Die Stadt soll sich für eine bessere politische und finanzielle Anerkennung von häuslicher Pflege einsetzen.
- ▶ Um Dietzenbacher Senioren mit Migrationshintergrund aktiv in bestehende Strukturen und Angebote (z.B. Seniorenbeirat, Seniorenhilfe) einzubeziehen und ihre Potenziale zu nutzen, sollen diese gesondert angesprochen werden. Dabei sollen Integrationslotsen und Multiplikatoren eingesetzt werden.



5 Umsetzung des Integrationskonzepts

Das Vorliegen eines Integrationskonzepts führt nicht von allein zu einer Verbesserung der Integration und des Zusammenlebens in der Stadt. Die Erarbeitung von Leitlinien, Zielen und Maßnahmenempfehlungen sind eine gute Grundlage für eine strukturierte Integrationspolitik und -arbeit, müssen jedoch noch mit Leben gefüllt, d.h. umgesetzt werden.

Zur Gewährleistung von Nachhaltigkeit muss Integrationspolitik in der Stadtverwaltung institutionell verankert sein. Zentrum der Integrationspolitik sollte eine Steuerungsgruppe Integration sein, der der Erste Stadtrat, der Fachbereichsleiter Soziale Dienste und die Integrationsbeauftragte angehören. Sie wird vom Ersten Stadtrat geleitet und ist gegenüber der Stadtverordnetenversammlung verantwortlich. Innerhalb der Stadtverordnetenversammlung ist die interfraktionelle Arbeitsgruppe Integration ein wichtiges Koordinierungsgremium für Fragen der Integration.

Neben dieser Zentralisierung ist es zugleich notwendig, Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung zu etablieren. Da Integrationspolitik im Grunde umfassende Aufgaben und Aspekte hat, sollte in allen Fachbereichen Ansprechpartner für Integration ernannt werden.

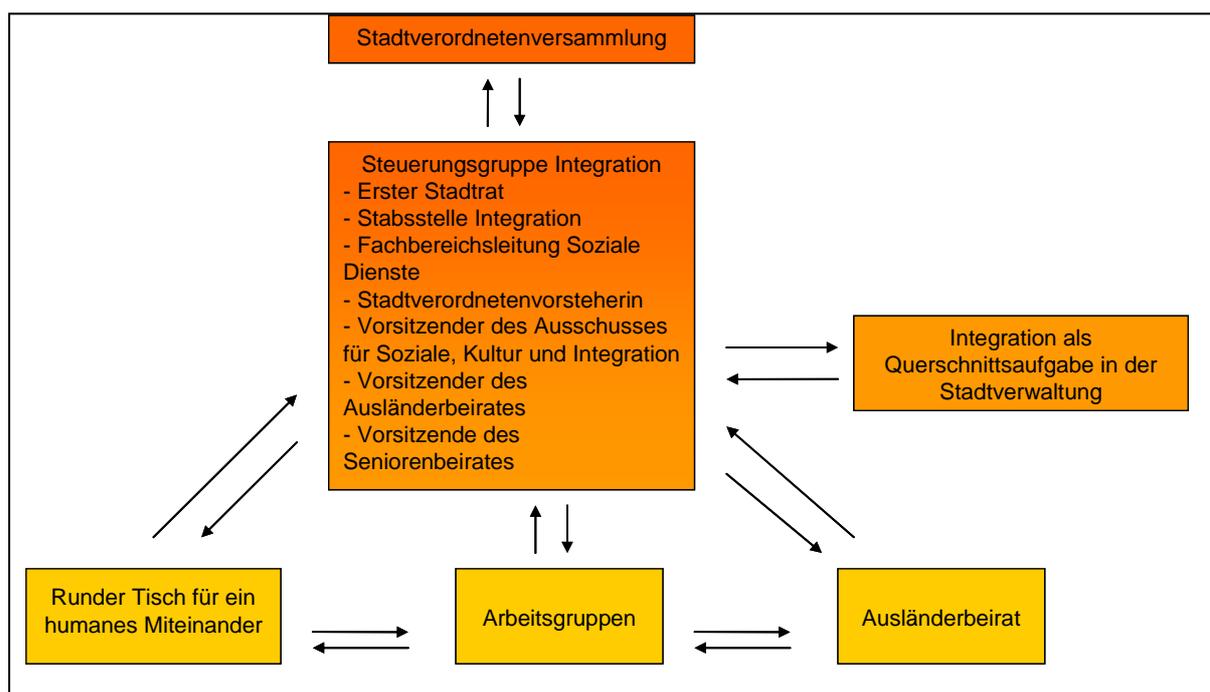
Kontinuität der Arbeit wird zugleich gesichert durch die erklärte Bereitschaft der Arbeitsgruppen in den Handlungsfeldern, die Fertigstellung des Integrationskonzepts nicht als Abschluss, sondern als Anlass zur Fortsetzung ihrer Arbeit anzusehen. Diese Fortführung soll von der Integrationsbeauftragten unterstützt und mit einem jährlichen Budget versehen werden. Die Arbeitsgruppen sollten für ihre Aufgaben die Zusammenarbeit mit dem „Runden Tisch für ein humanes Miteinander“ suchen. Dieser soll zukünftig regelmäßig tagen und als Plattform des Austauschs zwischen den Arbeitsgruppen dienen. Über die Arbeitsgruppen und den Runden Tisch wird es neben den bereits existierenden Wegen zugleich möglich, Anliegen der Bevölkerung in den Prozess der Integrationspolitik einzubringen.

Der Ausländerbeirat als Beratungsgremium hat die Steuerungsgruppe Integration als direkten Ansprechpartner in der Verwaltung und sollte zugleich die Zusammenarbeit mit den Arbeitsgruppen suchen. Diese Struktur der Umsetzung des Integrationskonzepts wird in Abbildung 2 noch einmal grafisch dargestellt.

Das Integrationskonzept muss sich zukünftig einer regelmäßigen Überprüfung und Fortschreibung unterziehen. Es ist angedacht, die Integrationskonferenz alle zwei Jahre durchzuführen. Bei dieser Gelegenheit soll überprüft werden, welche Maßnahmen schon eingeführt und welche Ziele erreicht wurden. Zudem sollte dabei diskutiert werden, auf welche Themen man sich in den kommenden beiden Jahren konzentrieren sollte.



Abbildung 2: Struktur der Umsetzung des Integrationskonzepts



Quelle: eigene Darstellung des efms

6 Monitoring

Nach einer langen Phase des „provisorischen Improvisierens“ hat sich etwa seit der Jahrtausendwende in Deutschland die Überzeugung durchgesetzt, dass es für Integration auf allen Ebenen der Politik eines integrationspolitischen Gesamtkonzepts bedarf. Integrationsprozesse betreffen das individuelle Handeln, sind aber von bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen abhängig, auf die steuernd Einfluss genommen werden kann. Ob die Prozesse erfolgreich und im Sinne der Steuerung verlaufen, kann durch so genanntes Monitoring überprüft werden. Man wählt bestimmte statistische oder qualitative Indikatoren aus und beobachtet, wie sie sich im Zeitverlauf verändern. Z.B.: Steigt der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund, die einen Schulabschluss erreichen? Stagniert er, oder nimmt er sogar ab? Monitoring ist also die Abbildung von gesellschaftlichen Entwicklungen auf der Basis von Indikatoren (Zeitreihen) in Hinsicht auf zu erreichende Ziele.

Die Stadt Dietzenbach strebt in Anlehnung an das Monitoring Projekt der Landesregierung zeitnah an, ein Monitoring System zur kontinuierlichen Beobachtung des Integrationsgeschehens in der Stadt einzurichten und darüber zweijährig in einem Integrationsbericht zu informieren.

Monitoring stellt Veränderungen fest, kann aber nicht schlüssig erklären, warum bestimmte Veränderungen zu Stande gekommen oder nicht zu Stande gekommen sind. Evaluation muss das leisten. Veränderungen sind längst nicht immer Wirkungen von Politik und ihrer Maßnahmen. Evaluation ist die systematische Beurteilung der Konzeption, Ausgestaltung,



Umsetzung und des Nutzens sozialer Programme. Evaluation prüft die Wirkung von Maßnahmen.

Die Stadt Dietzenbach strebt an, für ausgewählte einzelne Maßnahmen der Integrationspolitik Evaluationen durchzuführen, um eine effiziente Mittelverwendung zu erreichen.

7 Finanzierung von Programmen und Maßnahmen

Erfolgreiche Integrationspolitik und -arbeit bedarf immer auch einer soliden Finanzierung. Integrationspolitik muss darum einen festen Platz im städtischen Haushaltsplan in den zuständigen Bereichen haben. Obwohl ehrenamtliche Arbeit bei der Integrationsarbeit essentiell wichtig ist, kann vieles nicht auf ehrenamtlicher Basis durchgeführt werden. Zudem braucht auch das Ehrenamt professionelle Unterstützung und Anerkennung.

Bei einer angespannten Haushaltslage ist es wichtig, zusätzliche Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten für städtische Projekte zu erschließen. Auf Landesebene ist das **Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa** (HMdJIE) für das Thema Integration zuständig. Welche Projekte unterstützt werden können, kann in den Fördergrundsätzen zur „Förderung von Integrationsmaßnahmen von Menschen mit Migrationshintergrund“ nachgelesen werden. Im aktuellen Programm werden die Schwerpunkte insbesondere auf folgende Themen gelegt: Qualifizierung von ehrenamtlichen Integrationslotsen, Stärkung der Eigeninitiative bei der Mitwirkung am Integrationsprozess sowie Maßnahmen zum Erwerb und zur Verbesserung der Deutschkenntnisse. Die Antragsstellung erfolgt über das **Regierungspräsidium Darmstadt**. Weitere Informationen zum Thema Integration in Hessen finden sich unter <http://www.integrationskompass.de>.

Die Zuständigkeit für den Bereich der Integration auf Bundesebene liegt beim **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge** (BAMF), welches zum Bundesministerium des Innern (BMI) gehört. Dieses fördert zusätzlich zu den gesetzlichen Integrationsangeboten Projekte, welche die gesellschaftliche und soziale Integration von Personen mit Migrationshintergrund zum Ziel haben. Schwerpunkte, Fristen, Förderrichtlinien und Ansprechpartner sind auf der Website des BAMF dargestellt (siehe <http://www.bamf.de>). Neben dem BAMF sind themenspezifisch auch weitere Bundesministerien eingebunden, beispielsweise das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) oder das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Nicht nur von nationalen Stellen, sondern auch von der **Europäischen Union** (EU) werden Fördermittel für Integrationsmaßnahmen vergeben. Dies geschieht vor allem durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Europäischen Integrationsfond (EIF). Nähere Informationen dazu und zu den zahlreichen weiteren Fördermöglichkeiten finden sich unter <http://ec.europa.eu/ewsi/de/funding/publprogtenders.cfm>. Zuständiger Ansprechpartner ist wiederum das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.



Neben diesen öffentlichen Fördermitteln gibt es zahlreiche private **Stiftungen**, die Integrationsmaßnahmen finanziell unterstützen oder als operative Stiftungen Projekte „vor Ort“ durchführen. Zu den bekanntesten gehören die Bertelsmann Stiftung, die Bosch Stiftung, die Freudenberg Stiftung, die Hertie Stiftung, und die Mercator Stiftung. Hessische Stiftungen und ihre Integrationsprojekte wurden vom HMdJIE in einer Broschüre unter dem Titel „Integration konkret – Projekte hessischer Stiftungen“ zusammengefasst und veröffentlicht (siehe <http://www.integrationskompass.de>). Eine Übersicht über deutsche, europäische und internationale Stiftungen hat die EU auf der „Europäischen Website für Integration“ unter <http://ec.europa.eu/ewsi/de/funding/private.cfm> zusammengestellt.



Anhang: Mitwirkende bei der Erstellung des Integrationskonzepts

Nachname	Vorname		Arbeitsgruppe	Institution
Ahmad	Shazia	Frau	AG 1	
Ahmadi	Rasched	Herr	AG 2	Ausländerbeirat
Alex	Ulrike	Frau	AG 2	Stadtverordnete, SPD
Amyay	Samir	Herr	AG 2	Ernst-Reuter-Schule
Anwar	Amtul	Frau	AG 1	Ahmadiyya Muslim Jamaat
Barton	Stefan	Herr	AG1	Katholische Kirche St. Martin
Baumann	Nina	Frau	AG 2	Dietrich-Bonhoeffer-Schule
Behrens	Annette	Frau	AG 2	Förderverein der Astrid-Lindgren-Schule
Bendel	Reinhold	Herr	AG 1	Seniorenbeirat
Blesenkemper	Bernd	Herr	AG 1	SPD
Boussanna	Ilham	Frau	AG 4	Stadtverwaltung Dietzenbach
Bratz	Uta	Frau	AG 1	Deutscher Diabetiker Bund
Butt	Sabiha	Frau	AG 2	Ahmadiyya Muslim Jamaat
Butterweck	Kornelia	Frau	Moderation AG 4	Stadtverordnetenvorsteherin, CDU
Büyükasik	Zuhal	Frau	AG 4	Lernwerkstatt für Sprache und Bildung e.V.
Cárdenas	Barbara	Frau	AG 2	Die Linke, Landtagsabgeordnete
Conrad	Edith	Frau	AG 2	Stadtverordnetenversammlung, UDS
Dagistan	Haldun	Herr	AG 4	
Driouch	Salima	Frau	AG 1	Jugendzentrum, Integrationslotsin
El-Achak	Saliha	Frau	AG 2	Integrationslotsin
El Ammari	Abdellatif	Herr	AG 1	
El Hattachi	Siham	Frau	AG 1	Integrationslotsin
El Messaoudi	Halima	Frau	AG 1	
Erdogan	Hüsnije	Frau	Moderation AG 2	Integrationslotsin
Errais	Tijani	Herr	AG 2	Dietrich-Bonhoeffer-Schule
Errais	Youssef	Herr	Moderation AG 2	Familienhilfe, vhs Hausaufgabenhilfe, Jugendtreff
Farooque	Najma	Frau	AG 1	Tai-Chi-Kursleiterin
Flach	Stephan	Herr	AG 1	
Fontaine	Walter	Herr	Steuerungsgruppe	Stadtverwaltung Dietzenbach (Fachbereichsleiter Soziale Dienste)



Fouta	Yasmin	Frau	AG 1	Integrationslotsin
Germer	Christel	Frau	AG 2	CDU
Giardino	Helga	Frau	AG 1	Ausländerbeirat
Glaub	Martin	Herr	AG 3	ProArbeit
Goeser	Sabine	Frau	AG2	SPD
Grundmann	Erik	Herr	AG 2	Heinrich-Mann-Schule
Guela	Rachid	Herr	AG 1	
Gussmann	Irlis	Frau	AG 2	Projekt „Elternschule“ in der Sterntalerschule
Gussmann	Peter	Herr	AG 4	Stadtverordneter, SPD
Habib	Faiza	Frau	AG 1	Ahmadiyya Muslim Jamaat
Handschuh	Uwe	Herr	AG 1	Evangelische Kirche
Hauck	Walter	Herr	AG 4	Stadtverordnetenversammlung, CDU
Heckmann	Friedrich	Prof. Dr.	Steuerungsgruppe	europäisches forum für migrationsstudien (efms)
Heilmann	Bernd	Herr	AG 3	Gewerbeverein
Herkner	Reinhold	Herr	AG 3 und AG 4	CDU, katholische Kirche
Heußler	Angela	Frau	AG 2	Schulleiterin der Aue Schule
Heyer	Jürgen	Herr	AG 1	Seniorenhilfe e.V., ehemaliger Bürgermeister, Stadtverordneter
Hoffmann	Sonja	Frau	Steuerungsgruppe	Stadtverwaltung Dietzenbach (Integrationsbeauftragte)
Hohlfeld	Simone	Frau	AG 2	Stadtverwaltung Dietzenbach
Houari-Fah	Bettina	Frau	AG 2	Schulleiterin der Regenbogenschule
Idrees Ahmad	Maria	Frau	AG 1	Ahmadiyya Muslim Jamaat
Iqbal	Abida	Frau	AG 1	
Kaden	Asma	Frau	AG 2	Studentin der Sozialen Arbeit
Karabalci	Hüsne	Frau	AG 2	Integrationslotsin
Kaur	Parnyeet	Frau	AG 1	
Kaur-Jasuja	Perminder	Frau	AG 1	Integrationslotsin
Katyal	Rekha	Frau	AG 1	
Kaupat	Guido	Herr	AG 3	CDU
Kern	Heidrun	Frau	AG 1	
Kiess	Gisela	Frau	AG 3	SG Dietzenbach
Kilic	Dursun	Herr	AG 1	Ausländerbeirat



Köhler	Georg	Herr Dr.	AG 2	Schulleiter der Ernst-Reuter-Schule
Kolmer	Dietmar	Herr	Steuerungsgruppe	Stadtverwaltung Dietzenbach (Erster Stadtrat)
Koser	Arnold	Herr	AG 2	VHS Dietzenbach, Hausaufgabenhilfe
Kratz-Heinzig	Petra	Frau	AG 2	
Kufleitner	Eva	Frau	AG 2	Arbeiter Samariter Bund, Hausaufgabenhilfe
Küpelikilinc	Döndü	Frau	AG 3	Stadtwerke/ städtische Betriebe Dietzenbach
Küpelikilinc	Ismet	Herr	AG 3	Ausländerbeirat
Küpelikilinc	Nicola	Frau	AG 2	Ausländerbeirat
Kuse	Bettina	Frau	AG 2	Stadtbücherei
Leonhardt	Anette	Frau	AG	Stadtverwaltung Dietzenbach
Leyerer	Martina	Frau	AG 2	Interdisziplinäre Frühförderstelle
Locke	Christian	Herr	Moderation AG 3	Stadtwerke/ Städtische Betriebe Dietzenbach (Leiter)
Löffler	Christian	Herr	AG 1	Quartiersmanager
Löw	H.P.	Herr	AG 2	Schulleiter der Heinrich-Mann Schule
Lück	Petra	Frau	AG 3	vhs Dietzenbach
Lüken-Klaßen	Doris	Frau	Steuerungsgruppe	europäisches forum für migrationsstudien (efms)
Malik	Madia	Frau	AG 1	
Malik	Nuzhat	Frau	AG 1	
Mangani	Adriana	Frau	AG 2	KUBI e.V.
Mitiler	Fatma	Frau	Moderation AG 3	
Möller	Maud	Frau	Moderation AG 2	Stadtverwaltung Dietzenbach
Neugebauer	Irene	Frau	AG 2	Schulsozialarbeit Heinrich-Mann-Schule
Nondorf-Stroh	Hildegard	Frau	AG 2	Stadtverordnete, Dietzenbacher Liste
Ohls	Swantje	Frau	AG 2	CDU
Pengaceric	Nikola	Frau	AG 3	Ausländerbeirat, DGB
Pilawka	Lukasz	Herr	Moderation AG 4	Stadtverwaltung Dietzenbach
Pohl	Franziska	Frau	Steuerungsgruppe	europäisches forum für migrationsstudien (efms)
Rieger	Sabine	Frau	AG 3	FDP
Schäfer	Susanne	Frau	AG 3	Wirtschaftsförderung Dietzenbach



Seeger	Doris	Frau	AG 1	
Scheibe	Brigitte	Frau	AG 2	Stadtverwaltung Dietzenbach (Leiterin der Kita VII)
Schepp	Jochen	Herr	AG 2	Schulleiter der Sterntalerschule
Schmidt	Heidi	Frau	AG 1	
Schmitt	Stefan	Herr	AG 4	SPD
Schneider	Ruth	Frau	AG 2	Lernwerkstatt für Sprache und Bildung e.V.
Schulz	Eckhard	Herr	AG 1	Vorsitzender der IGSF (IG Sport & Freizeit)
Schwarze	Andrea	Frau	AG 1	Evangelische Christus Gemeinde
Singh	Payal	Frau	AG 1	
Singh	Vinod Kumari	Herr	AG 1	
Spahn-Nessel	Barbara	Frau	AG 2	Stadtverwaltung Dietzenbach (Leiterin der Kita IX)
Spalke	Klaus	Herr	AG 1	Allgemeiner Deutscher Fahrradclub
Spiesberger	Horst	Herr	AG 1	Rudolf-Steiner-Schule Dietzenbach
Staal	Randolf	Herr	AG 1	CDU
Stanko-Albrecht	Nadja	Frau	AG 2	Schulleiterin der Astrid-Lindgren-Schule
Vasi	Fatma	Frau	AG 3	Mitglied im Schulelternbeirat der Ernst-Reuter-Schule
Wassermann	Ilse	Frau	AG 1	Seniorenbeirat
Wegener	Thomas	Herr	AG 2	CDU
Wehmeyer	Karla	Frau	AG 1	
Weinrich	Rosmarie	Frau	AG 1	Seniorenbeirat
Wendtland	Gerd	Herr Dr.	Moderation AG 1	Zusammenleben der Kulturen in Dietzenbach e.V.
Westenberger	Tilly	Frau	AG 1	Seniorenbeirat
Westerwalbesloh	Anita	Frau	AG 2	Dietrich-Bonhoeffer-Schule
Willems	Karin	Frau	AG 4	Stadtverordnetenversammlung, CDU
Wolff	Erna	Frau	AG2	Seniorenbeirat
Zaidi	Narjis	Frau	AG 1	
Zeller	Gisela	Frau	AG 1	Jugendzentrum
Ziegler	Karin	Frau	AG 3	
Nachname	Vorname		Arbeitsgruppe	Institution
Ahmad	Shazia	Frau	AG 1	
Ahmadi	Rasched	Herr	AG 2	Ausländerbeirat
Alex	Ulrike	Frau	AG 2	Stadtverordnete, SPD



Amyay	Samir	Herr	AG 2	Ernst-Reuter-Schule
Anwar	Amtul	Frau	AG 1	Ahmadiyya Muslim Jamaat
Barton	Stefan	Herr	AG1	Katholische Kirche St. Martin
Baumann	Nina	Frau	AG 2	Dietrich-Bonhoeffer-Schule
Behrens	Annette	Frau	AG 2	Förderverein der Astrid-Lindgren-Schule
Bendel	Reinhold	Herr	AG 1	Seniorenbeirat
Blesenkemper	Bernd	Herr	AG 1	SPD
Boussanna	Ilham	Frau	AG 4	Stadtverwaltung Dietzenbach
Bratz	Uta	Frau	AG 1	Deutscher Diabetiker Bund
Butt	Sabiha	Frau	AG 2	Ahmadiyya Muslim Jamaat
Butterweck	Kornelia	Frau	Moderation AG 4	Stadtverordnetenvorsteherin, CDU
Büyükasik	Zuhal	Frau	AG 4	Lernwerkstatt für Sprache und Bildung e.V.
Cárdenas	Barbara	Frau	AG 2	Die Linke, Landtagsabgeordnete
Conrad	Edith	Frau	AG 2	Stadtverordnetenversammlung, UDS
Dagistan	Haldun	Herr	AG 4	
Driouch	Salima	Frau	AG 1	Jugendzentrum, Integrationslotsin
El-Achak	Saliha	Frau	AG 2	Integrationslotsin
El Ammari	Abdellatif	Herr	AG 1	
El Hattachi	Siham	Frau	AG 1	Integrationslotsin
El Messaoudi	Halima	Frau	AG 1	
Erdogan	Hüsnije	Frau	Moderation AG 2	Integrationslotsin
Errais	Tijani	Herr	AG 2	Dietrich-Bonhoeffer-Schule
Errais	Youssef	Herr	Moderation AG 2	Familienhilfe, vhs Hausaufgabenhilfe, Jugendtreff
Farooque	Najma	Frau	AG 1	Tai-Chi-Kursleiterin
Flach	Stephan	Herr	AG 1	
Fontaine	Walter	Herr	Steu- erungsgrup- pe	Stadtverwaltung Dietzenbach (Fachbe- reichsleiter Soziale Dienste)
Fouta	Yasmin	Frau	AG 1	Integrationslotsin
Germer	Christel	Frau	AG 2	CDU
Giardino	Helga	Frau	AG 1	Ausländerbeirat
Glaub	Martin	Herr	AG 3	ProArbeit
Goeser	Sabine	Frau	AG2	SPD
Grundmann	Erik	Herr	AG 2	Heinrich-Mann-Schule
Guela	Rachid	Herr	AG 1	
Gussmann	Irlis	Frau	AG 2	Projekt „Elternschule“ in der Sterntalerschu- le



Gussmann	Peter	Herr	AG 4	Stadtverordneter, SPD
Habib	Faiza	Frau	AG 1	Ahmadiyya Muslim Jamaat
Handschuh	Uwe	Herr	AG 1	Evangelische Kirche
Hauck	Walter	Herr	AG 4	Stadtverordnetenversammlung, CDU
Heckmann	Friedrich	Prof. Dr.	Steuerungsgruppe	europäisches forum für migrationsstudien (efms)
Heilmann	Bernd	Herr	AG 3	Gewerbeverein
Herkner	Reinhold	Herr	AG 3 und AG 4	CDU, katholische Kirche
Heußler	Angela	Frau	AG 2	Schulleiterin der Aue Schule
Heyer	Jürgen	Herr	AG 1	Seniorenhilfe e.V., ehemaliger Bürgermeister, Stadtverordneter
Hoffmann	Sonja	Frau	Steuerungsgruppe	Stadtverwaltung Dietzenbach (Integrationsbeauftragte)
Hohlfeld	Simone	Frau	AG 2	Stadtverwaltung Dietzenbach
Houari-Fah	Bettina	Frau	AG 2	Schulleiterin der Regenbogenschule
Idrees Ahmad	Maria	Frau	AG 1	Ahmadiyya Muslim Jamaat
Iqbal	Abida	Frau	AG 1	
Kaden	Asma	Frau	AG 2	Studentin der Sozialen Arbeit
Karabalci	Hüsne	Frau	AG 2	Integrationslotsin
Kaur	Parnyeet	Frau	AG 1	
Kaur-Jasuja	Perminder	Frau	AG 1	Integrationslotsin
Katyal	Rekha	Frau	AG 1	
Kaupat	Guido	Herr	AG 3	CDU
Kern	Heidrun	Frau	AG 1	
Kiess	Gisela	Frau	AG 3	SG Dietzenbach
Kilic	Dursun	Herr	AG 1	Ausländerbeirat
Köhler	Georg	Herr Dr.	AG 2	Schulleiter der Ernst-Reuter-Schule
Kolmer	Dietmar	Herr	Steuerungsgruppe	Stadtverwaltung Dietzenbach (Erster Stadtrat)
Koser	Arnold	Herr	AG 2	VHS Dietzenbach, Hausaufgabenhilfe
Kratz-Heinzig	Petra	Frau	AG 2	
Kufleitner	Eva	Frau	AG 2	Arbeiter Samariter Bund, Hausaufgabenhilfe
Küpelikilinc	Döndü	Frau	AG 3	Stadtwerke/ städtische Betriebe Dietzenbach
Küpelikilinc	Ismet	Herr	AG 3	Ausländerbeirat
Küpelikilinc	Nicola	Frau	AG 2	Ausländerbeirat
Kuse	Bettina	Frau	AG 2	Stadtbücherei



Leonhardt	Anette	Frau	AG	Stadtverwaltung Dietzenbach
Leyerer	Martina	Frau	AG 2	Interdisziplinäre Frühförderstelle
Locke	Christian	Herr	Moderation AG 3	Stadtwerke/ Städtische Betriebe Dietzenbach (Leiter)
Löffler	Christian	Herr	AG 1	Quartiersmanager
Löw	H.P.	Herr	AG 2	Schulleiter der Heinrich-Mann Schule
Lück	Petra	Frau	AG 3	vhs Dietzenbach
Lüken-Klaßen	Doris	Frau	Steuerungsgruppe	europäisches forum für migrationsstudien (efms)
Malik	Madia	Frau	AG 1	
Malik	Nuzhat	Frau	AG 1	
Mangani	Adriana	Frau	AG 2	KUBI e.V.
Mitiler	Fatma	Frau	Moderation AG 3	
Möller	Maud	Frau	Moderation AG 2	Stadtverwaltung Dietzenbach
Neugebauer	Irene	Frau	AG 2	Schulsozialarbeit Heinrich-Mann-Schule
Nondorf-Stroh	Hildegard	Frau	AG 2	Stadtverordnete, Dietzenbacher Liste
Ohls	Swantje	Frau	AG 2	CDU
Pengaceric	Nikola	Frau	AG 3	Ausländerbeirat, DGB
Pilawka	Lukasz	Herr	Moderation AG 4	Stadtverwaltung Dietzenbach
Pohl	Franziska	Frau	Steuerungsgruppe	europäisches forum für migrationsstudien (efms)
Rieger	Sabine	Frau	AG 3	FDP
Schäfer	Susanne	Frau	AG 3	Wirtschaftsförderung Dietzenbach
Seeger	Doris	Frau	AG 1	
Scheibe	Brigitte	Frau	AG 2	Stadtverwaltung Dietzenbach (Leiterin der Kita VII)
Schepp	Jochen	Herr	AG 2	Schulleiter der Sterntalerschule
Schmidt	Heidi	Frau	AG 1	
Schmitt	Stefan	Herr	AG 4	SPD
Schneider	Ruth	Frau	AG 2	Lernwerkstatt für Sprache und Bildung e.V.
Schulz	Eckhard	Herr	AG 1	Vorsitzender der IGSF (IG Sport & Freizeit)
Schwarze	Andrea	Frau	AG 1	Evangelische Christus Gemeinde
Singh	Payal	Frau	AG 1	
Singh	Vinod Kumari	Herr	AG 1	
Spahn-Nessel	Barbara	Frau	AG 2	Stadtverwaltung Dietzenbach (Leiterin der Kita IX)
Spalke	Klaus	Herr	AG 1	Allgemeiner Deutscher Fahrradclub



Spiesberger	Horst	Herr	AG 1	Rudolf-Steiner-Schule Dietzenbach
Staal	Randolf	Herr	AG 1	CDU
Stanko-Albrecht	Nadja	Frau	AG 2	Schulleiterin der Astrid-Lindgren-Schule
Vasi	Fatma	Frau	AG 3	Mitglied im Schulelternbeirat der Ernst-Reuter-Schule
Wassermann	Ilse	Frau	AG 1	Seniorenbeirat
Wegener	Thomas	Herr	AG 2	CDU
Wehmeyer	Karla	Frau	AG 1	
Weinrich	Rosmarie	Frau	AG 1	Seniorenbeirat
Wendtland	Gerd	Herr Dr.	Moderation AG 1	Zusammenleben der Kulturen in Dietzenbach e.V.
Westenberger	Tilly	Frau	AG 1	Seniorenbeirat
Westerwalbesloh	Anita	Frau	AG 2	Dietrich-Bonhoeffer-Schule
Willems	Karin	Frau	AG 4	Stadtverordnetenversammlung, CDU
Wolff	Erna	Frau	AG2	Seniorenbeirat
Zaidi	Narjis	Frau	AG 1	
Zeller	Gisela	Frau	AG 1	Jugendzentrum
Ziegler	Karin	Frau	AG 3	